

Tom Kehrbaum

**„Lebenslanges Lernen“ als
gouvernementale Strategie**

**Reflexionen über Subjektivierungspraktiken,
Wissensordnungen und Sicherheitsdispositive**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Einleitung	3
1 Die Grundüberlegungen des Gouvernamentalitäts-Konzeptes von Michel Foucault	5
2 Die konzeptionellen Bestandteile des Gouvernamentalitäts-Konzeptes vor dem Hintergrund des „Lebenslangen Lernens“	12
2.1 Die Begriffskarriere des „Lebenslangen Lernens“	12
2.2 Kontextuelle Verortung des Reflexionsgegenstandes in der neoliberalen Debatte	14
2.3 Die konzeptionellen Bestandteile des Gouvernamentalitäts-Konzeptes	17
2.3.1 Die Wissensordnung	17
2.3.2 Macht und Subjekt	21
2.3.3 Das Sicherheitsdispositiv	24
3 Die Expansion des „Lebenslangen Lernens“ in der Wissensgesellschaft“ - der Versuch einer gouvernementalen Analyse	30
4 Kritik und Schlussbetrachtung	39
Literaturverzeichnis	44

Einleitung

Wenn Du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben, und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.

Antoine de Saint-Exupéry (1900 – 1944)

Gesellschaftliche Veränderungen, so hat es den Anschein, vollziehen sich in ständiger Beschleunigung. Soziologische Typologierungen, die sich in Begriffen wie Risiko- und Erlebnisgesellschaft, Zivil- und Bürgergesellschaft oder Wissensgesellschaft niederschlagen, haben eine immer geringere Halbwertszeit. (vgl. Pongs, 2000) Ungeachtet dessen, welche unterschiedlichen, manchmal sogar gegensätzlichen, gesellschaftliche Situationsbeschreibungen mit den Typologierungen oder Labels zum Ausdruck kommen sollen, eint sie doch die Annahme, Entstehung, Wirkungen und Konsequenzen bestimmter gesellschaftlicher Veränderungen in bestimmter Weise fassen und deren Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Subjekte verständlich machen zu können. Michel Foucault (1926-1984), der sich selbst jeder Zuordnung zu einer bestimmten Denkrichtung entzog (vgl. Schäfer, 1995), suchte in seinen Arbeiten nach grundsätzlichen Strukturen gesellschaftlicher Veränderung. Er stellte sich in seinen historisch-philosophischen Untersuchungen unter anderem die Fragen, wie und warum die Wissensordnung in einer spezifischen Gesellschaft überhaupt entsteht und wie sie sich konsolidiert. Er analysierte historisch wandelbare Machtverhältnisse und deren unterschiedliche Mittel zur Durchsetzung. Vor allem aber interessierte ihn in diesem Zusammenhang der Prozess der Subjektwerdung. Seine Wortschöpfung *gouvernementalité* verweist dabei auf ein analytisches Instrument, das Foucault dazu dienen soll, in die jeweiligen gesellschaftlichen Kämpfe (vgl. ebd.) neu und anders einzugreifen. Die Gouvernamentalität thematisiert „das Regieren“ im umfassenden Sinne, genauer: die Praktiken und die dazugehörigen Denkweisen, bzw. Rationalitäten, die das Regieren und das Regiertwerden ermöglichen.

Aus pädagogischer Perspektive ist der Gouvernementalitätsansatz deshalb interessant, weil der Prozess der Subjektwerdung weniger als Ergebnis repressiver pädagogischer Maßnahmen betrachtet wird, sondern vielmehr als Resultat >produktiver< Selbst-Technologien bestimmter (selbst-)disziplinierender Gesellschaftsformationen.

Im Folgenden soll zu Beginn das Konzept der Gouvernementalität mit seinen Grundüberlegungen dargestellt werden. Anschließend sollen vor dem Hintergrund des Konzepts des „Lebenslangen Lernens“, die konzeptionellen Bestandteile dessen, was Foucault unter „Gouvernementalität“ versteht, genauer beschrieben werden. Zu diesem Zwecke wird im Kapitel 2 zunächst ein Blick auf die Entstehung des „Lebenslangen Lernens“ gerichtet und dessen Verortung in der neoliberalen Debatte beleuchtet. Dieser Kontext soll dazu beitragen, das Konzept der Gouvernementalität für einen konkreten Analyseversuch fruchtbar zu machen, der in Kapitel 3 unternommen wird. Hier soll das „Lebenslange Lernen“ im Lichte der Wissensgesellschaft, durch die „Brille“ der Gouvernementalität betrachtet werden.

Aus den daraus sich ergebenden offenen Fragen soll das Konzept der Gouvernementalität abschließend kritisch auf seine Aussagekraft hin geprüft werden.

1 Die Grundüberlegungen des Gouvernementalitäts-Konzeptes von Michel Foucault

Die Gouvernementalität - zunächst ein Neologismus aus Regieren („gouverner“) und Denkweise („mentalité“) - ist das Resultat einer Weiterentwicklung der Machtanalytik Foucaults, die er in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre unternahm (vgl. Foucault, 1978). Sein Blick, der sich zunächst auf die direkten Wirkungen von Praktiken disziplinärer Zurichtung (Marter, Folter u. dgl.) an Individuen richtete, rückte mit der Entwicklung des Gouvernementalitätskonzeptes den grundlegenden und umfassenden Prozess der Subjektivierung ins Zentrum, der sich im Verhältnis zu den jeweiligen Herrschaftsformen vollzieht. Begriffe wie Regieren, Macht oder Herrschaft sind für Foucault inhaltlich nicht starr festgelegt¹. So verwendet er den Begriff Regierung neben seiner politischen Form auch für zahlreiche weitere Handlungsformen und Praxisfelder, die auf die Lenkung, Kontrolle und Leitung von Individuen und Gruppen zielen (vgl. Lemke, 2000, S. 46f). So kann das Problem der Selbstbeherrschung, die Leitung der Familie, die Steuerung des Haushalts und gar die Lenkung der Seele (vgl. ebd.) unter den Begriff des Regierens subsumiert werden. Foucault bezeichnet diese Form des Regierens als „Führung der Führungen“ (ebd.), womit das Regieren durch andere aber auch das Regieren seiner Selbst gemeint sein kann. Da sich die Einwirkung auf andere, wie auf sich selbst in unterschiedlichen gesellschaftlichen Konstellationen vollzieht, bekommt die gewöhnlich unterstellte Konsistenz des Macht- und Herrschaftsbegriffs Risse. Die Macht (vor allem der modernen Disziplinargesellschaft) kann nicht mehr als zentral und allumfassend angesehen werden, sondern muss in ihrer Heterogenität in ihren jeweiligen unterschiedlichen Formen und Machtzentren, in der Gesellschaft und im Individuum wirkend, untersucht werden. Regierungspraktiken sind nach Foucault somit gleichzeitig auch Subjektivierungspraktiken. (Pongratz,

¹ Foucault weist aufgrund von Untersuchungen philosophischer, religiöser, medizinischer und pädagogischer Texte empirisch nach, dass der Begriff bis ins 18. Jahrhundert hinein eine allgemeine Verwendung fand und nicht wie heute ausschließlich im politischen Sinne gebraucht wurde. (Pongratz, 2004)

2004, S.6) Wie also kann eine Regierungsweise, bei der die Grenzen zwischen Fremdbeherrschung und Selbstbeherrschung verschwimmen, zur Wirkung gelangen? Diese Frage beantwortet Foucault beispielhaft an Benthams Panopticon. Für Foucault war der englische Philosoph und Utilitarist Jeremy Bentham ein wichtiger Impulsgeber, der Disziplinargesellschaft. In Benthams Modell des „Panopticon“ fand Foucault den Schlüssel zur Erklärung der Regierungsform der liberalen Gesellschaften seit dem 18. Jahrhundert. Es veranschaulicht das Prinzip der „Führung von Führungen“ auf luzide Weise.

Das „Panopticon“ ist eine architektonische Konstruktion eines Gefängnisses, die es ermöglicht, eine große Gruppe von Menschen zu bewachen, zu observieren, zu disziplinieren und zu bessern. Das „Panopticon“ ist ein kreisförmiges Gebäude, in dessen Mitte ein Turm steht. Von diesem Turm aus hat ein Bewacher jederzeit die Möglichkeit, in alle Zellen zu schauen, um jeden Zellenbewohner genau zu beobachten. Umgekehrt kann der Zellenbewohner den Bewacher nicht sehen. Die ständige Sichtbarkeit soll bewirken, dass der Blick des Bewachers auf die Dauer vom Gefangenen verinnerlicht wird. Der Gefangene, der im Unklaren darüber ist, ob er nun bewacht wird oder nicht, verhält sich nach einer gewissen Zeit so, als würde er ständig observiert. (vgl. Loo van der, Reijen van, 1992, S. 242f) Die Fremdkontrolle führt somit auf dem Weg der internalisierten Autorität zur Selbstkontrolle. Benthams Disziplinar-Konzept wurde zur damaligen Zeit in Abgrenzung zum Verwahren oder „Wegschließen im dunklen Verlies“ und „Kerker“ als fortschrittlich empfunden, da es, wie wir heute sagen würden, auf Resozialisierung abzielte. Zwar bewirkte die Verschiebung des Strafkonzpts von der Ausübung unmittelbaren Fremdzwangs hin zu einer Strategie, die auf internalisierter Autorität und letztlich Selbstzwang beruht, keine grundsätzliche Abkehr vom repressiven Stil des Strafvollzugs. Dennoch wird seine große Bedeutung für neue Formen der „Führung der Führungen“ deutlich, wenn man es auf die Praxis der „Regierungskünste“ überträgt. Michel Foucault beschrieb die Transformation dieser Disziplinarprozeduren in seiner Rio-Vorlesung im Jahre 1973 folgendermaßen:

An der traditionellen Richtgewalt entwickelte sich

"ein gigantisches Geflecht aus Institutionen, die den Einzelnen sein Leben lang in ihre Obhut nehmen: pädagogische Institutionen wie die Schule; psychologische oder psychiatrische Institutionen wie das Krankenhaus, die psychiatrische Anstalt, die Polizei usw. Dieses nicht zur judikativen Gewalt gehörende Geflecht soll der Justiz helfen, die zu dieser Zeit übernommene Aufgabe zu bewältigen, die nicht in der Ahndung von Straftaten besteht, sondern in der Verhinderung von Straftaten durch Erziehung." (84f) [...] „Es handelt sich um eine Form von Macht und einen Gesellschaftstyp, den ich im Unterschied zu den vorangegangenen Strafgesellschaften als Disziplargesellschaft bezeichne. Es ist das Zeitalter der sozialen Kontrolle. Einer der oben genannten Theoretiker hat diese Gesellschaft der Überwachung und der großen sozialen Orthopädie in gewisser Weise vorausgesehen und in Ansätzen beschrieben. Es handelt sich um Bentham. Ich bitte die Philosophiehistoriker um Verzeihung, aber ich glaube, dass Bentham für unsere Gesellschaft wichtiger war als Kant oder Hegel. Wir sollten ihm in allen unseren Gesellschaften ein ehrenvolles Andenken bewahren. Denn er hat die Formen von Macht, in denen wir heute leben, äußerst präzise entworfen, definiert und beschrieben, und er hat uns diese Gesellschaft der generalisierten Orthopädie in einem wunderbaren kleinen Modell vorgestellt: seinem berühmten Panoptikum. Eine Architektur, die eine gewisse Macht des Geistes über den Geist ermöglicht; eine Form von Institution, die sich für Schulen, Krankenhäuser, Gefängnisse, Besserungsanstalten, psychiatrische Anstalten und Fabriken eignet." (Michel Foucault, 2003, S.85)

Foucault beschreibt eine historische Form der disziplinierenden Gesellschaft, die sich von Gesellschaften repressiver Machtausübung abgrenzt. Mit dieser Wandlung einhergehend, verändert sich auch die Legitimation von Regierungsmacht.

Durch gesellschaftliche Umbrüche im Ausgang des Mittelalters wurde die Regierungslegitimation durch göttliche und natürliche Gesetze obsolet. An ihre Stelle trat eine politische Rationalität, die ihre Prinzipien in sich selbst zu verankern suchte. (vgl. Lessenich, 2003, S.82) Während feudalistische Herrschaftsregime ihren Machterhalt durch zwanghafte Disziplinierung, mittels Sanktionen, Drohung und Strafe durchsetzten, geriet der Souverän „aufgeklärten“ Typs, wie er im 18. Jahrhundert im Übergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft entstand, in ein Dilemma:

Zwar sollten Regierungsziele durchgesetzt werden, da große politische, das gesamte Gemeinwesen betreffende Veränderungen des Staatsgefüges anstanden. Doch sollte dieses Ziel nicht durch Maßnahmen des alten Musters herbeigeführt werden, sondern dadurch, dass das Verhalten in kontrollierten, besser kalkulierbaren Bahnen von statten ging. Die Bevölkerung, schreibt Foucault, tritt

„als das schlechthin letzte Ziel der Regierung hervor: Denn was kann, im Grunde genommen, das Ziel der Regierung sein? Gewiss nicht zu regieren, sondern das Los der Bevölkerung zu verbessern, ihre Reichtümer, ihre Lebensdauer und ihre Gesundheit zu mehren; und die Instrumente, die sich die Regierung gibt, um diese Ziele zu erreichen, sind dem Feld der Bevölkerung gewissermaßen immanent. Im Wesentlichen wird es die Bevölkerung selbst sein, auf die sie direkt mittels Kampagnen oder auch indirekt mittels Techniken einwirkt, die es beispielsweise erlauben, ohne dass es die Leute merken, die Geburtenrate zu steigern oder die Bevölkerungsströme in diese oder jene Region oder zu dieser Betätigung zu leiten. Statt als Ausdruck der Macht des Souveräns tritt die Bevölkerung vielmehr als Zweck und Instrument der Regierung hervor.“ (Foucault, La „gouvernementalité“, Vorlesung am Collège de France im Studienjahr 1977 – 1978)

Eine politische Rationalität, in der die Interessen des Staates allen anderen Interessen voranstehen, rückt das Individuum, bewusst oder unbewusst, in ein Spannungsverhältnis zwischen individuellen Interessen und den „Interessen der Bevölkerung“², die unabhängig von seinen individuellen Interessen und Bestrebungen existieren. Diese neue Situation durch neue Regierungspraktiken in den Griff zu bekommen, erfordert „absolut neuartige Taktiken und Techniken“. (ebd.)

Eine dieser neuen Taktiken oder Techniken besteht für Foucault darin, dass die Familie vom paternalistischen Modell zum Steuerungsinstrument wird. War die Familie für den paternalistischen Herrscher das Modell zur Legitimation der Macht im Sinne eines beschützenden Vaters, gewinnt die Familie bei den neuen „Regierungskünstlern“ an Bedeutung, in dem die Wirkmechanismen der kleinen sozialen Gruppe „Familie“ in die politische Praxis integriert wird. Das funktioniert auf die Weise, dass der Souverän sich als paternalistischer Herrscher weitgehend zurückzieht. Gleichzeitig treten anstelle des Regierens durch Herrschen Maßnahmen, die bewirken sollen, dass die im sozialen Gefüge der Familie entstandenen Denk- und Handlungsweisen auf die Interessen des Staatswesens umgelenkt werden. Im Grunde, so Foucault, markiert die Transformation der Familie als politisches Steuerungsinstrument auch die Geburt der politischen Ökonomie. Mit ihr entsteht zugleich eine neue Wissensordnung. Foucault demonstriert diesen Wandel beispielhaft am Artikel „Politische Ökonomie“, den Rousseau für die aufklärerische *Enzyklopädie* schrieb: „Das Wort Ökonomie bezeichnet im Wesentlichen die Führung der Güter der Familie durch den Familienvater“. (ebd.) Implizite Regeln, Ängste und Sorgen, die vormals das

² Der Begriff „Interessen der Bevölkerung“ ist in der Staatsräson wie eine Hypostasierung eines gemeinsamen Willens des Volkes zu betrachten

Familienleben prägten, wurden in eine neue politische Rationalität eingebunden. Seitdem steht die Sorge um die Familie in direktem Zusammenhang mit der Sorge um das Staatswesen. Im Feudalstaat sorgten sich die Menschen (auch im eigenen Interesse) um den Herrscher, der sie beschützte, jedoch war diese Sorge Ausdruck der Machtlosigkeit, da man auf Gedeih und Verderb den Geschehnissen (Kriege, neue Herrscher, Launen, Erbfolge usw.) ausgeliefert war. Diese Sorge ist eher als Angst vor gefährlichen Prozessen zu bezeichnen, die außerhalb des eigenen Einflussbereiches stehen. In dem neuen politischen Konzept wird die Sorge aber gleichzeitig mit der Möglichkeit versehen, *>dafür< zu sorgen*, und einzugreifen, damit gefährliche Entwicklungen abgewendet werden. Die Redewendung „Sorge tragen“ macht deutlich, dass der Begriff „Sorge“ neben einem passiven, emotionalen Erleben auch aktives Handeln bedeuten kann. Die Sorge wird somit zur Handlungsmacht der Individuen transformiert, die zum Auslösen präventiver Handlungsstrategien führt und die passive Sorge in ein aktives Sorgen verwandelt. Dies führt uns zu dem Begriff des „Sicherheitsdispositivs“ in Foucaults Konzept.

Das Dispositiv kann allgemein betrachtet, als ein bestimmtes Arrangement verstanden werden, welche eine bestimmte Wirkung erzeugt. Im Militär werden bestimmte Vorkehrungen als *>Dispositiv<* bezeichnet, die dazu führen, dass Soldaten unter bestimmten Umständen bestimmte und gewollte Handlungen ausführen, ohne dass entsprechende Befehle erfolgen. Das Dispositiv erlaubt somit die Durchführung bestimmter strategischer Operationen. Für Foucault stellt das Dispositiv den wesentlichen Mechanismus der gouvernementalen Führung dar. Mit Hilfe des Begriffs „Dispositiv“ als Analyseinstrument gelingt es, ein bestimmtes Verhalten, einen Diskurs, ein bestimmtes Selbstverständnis zu fokussieren und danach zu fragen, was seine jeweilige Akzeptanz ermöglicht. In der gouvernementalen Gesellschaftsanalyse wird der Begriff u. a. als imaginäres bewegliches Raster oder Netz gedacht, das man an beliebiger Stelle auflegen kann. In diesem Netz können unterschiedliche Elemente bestimmte Wirkungen bei Individuen hervorbringen. Das ermöglicht uns, das uns Selbstverständliche auch als einen Effekt der Macht beschreiben zu können. Das Dispositiv spielt somit für den Subjektivierungsprozess, der sich im Spannungsfeld zwischen

Fremdbestimmung und Selbstbestimmung vollzieht, eine entscheidende Rolle, weil sich hierin, die direkte oder indirekte *dispositive* Anrufung des Subjekts vollzieht.³

Wie schon das Prinzip des Panopticon verdeutlichte, geht es in Foucaults Gouvernementalitäts-Studien um den engen Zusammenhang von Fremd- und Selbstzwang. Die moderne >Regierungskunst< besteht vor allem darin, fremde, von außen kommende Zwänge im Individuum durch eine Reihe politischer und strategischer Maßnahmen zu einem Selbstzwang zu machen, der eine eigene Handlungsdynamik entwickelt, die wiederum den gewünschten politischen Effekt erzielt. Foucault fasst sein Konzept der Gouvernementalität deshalb folgendermaßen zusammen:

„ Unter Gouvernementalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, den Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.“ (ebd.)

Eine derart gestaltete Regierungsform benötigt freie Subjekte als unverzichtbare Bedingung der Ausübung von Regierung. Anders als die vorangegangenen Regierungstechniken setzt sie nicht auf Zwang und Gewalt, sondern sieht gerade in der Abstimmung und Steuerung dieser Freiheit die politische Aufgabe. (vgl. Lemke, 1997, S. 185) So kann man festhalten, dass mit dem Auftauchen liberaler Regierungen im 18. Jahrhundert gouvernementale Regierungs- und Steuerungsformen entstehen (verbunden mit dem Grundgedanken der

³ Der Begriff „Anrufung“ wird in dieser Arbeit im Sinne Louis Althusser's Begriffs der Anrufung verwendet, den er im Zusammenhang mit seinem Ideologiebegriff verwendet hat. Ideologie, so seine Grundthese, ist nicht in erster Linie Bewusstsein, sondern materielle Praxis, verankert in "ideologischen Staatsapparaten", in denen der Staat in der Gesellschaft präsent ist: Familie, Schule, Kirche, Medien, Sport, etc.

Die Wirkungsweise der Ideologie beschreibt Althusser als Konstitution von Subjektivität durch die Anrufung der Individuen durch imaginäre "große Subjekte": Gott, Nation, Partei. Die Erhebung des Menschen zum freien, verantwortlichen, Zwecke verfolgenden, sich in den Verhältnissen wieder erkennenden und seine Handlungen als "sinnvoll" empfindenden Subjekt ist immer ein Akt der Unterwerfung unter Normen im Medium der Ideologie. Althusser bestimmt die Ideologie als das, was die Menschen dazu veranlasst, ihr zahlreichen gesellschaftlichen Determinanten unterliegendes Handeln als frei und sinnvoll zu verstehen. Althusser's Ideologietheorie wurde sehr stark im Bereich der Cultural Studies rezipiert. (http://evakreisky.at/2004/vo_theorie/VO10.pdf)

interessensgeleiteten Partizipation am Staatsgeschehen). Gegen aller linear-positivistischer Geschichtsauffassung rücken Untersuchungen zur Gouvernamentalität den dialektischen Doppelcharakter der Freiheit in den Blick und geben ihnen ein neues Verständnis. Der Entwicklungsprozess zu „freien“ Subjekten wird zugleich als Prozess der Unterwerfung erkennbar.

Das Gouvernamentalitäts- Konzept ist nicht nur ein Analyseinstrument für das Regierungshandeln im politischen Sinne, sondern kann prinzipiell überall da Anwendung finden, wo Machtverhältnisse, unterschiedliche Interessenslagen und „freie“ Subjekte in einem gemeinsamen Kontext aufeinander treffen. Es bietet sich für eine Analyse des aktuellen wechselseitigen Verhältnisses zwischen Staat, Unternehmen und der Bevölkerung im Kontext neoliberaler Diskurse geradezu an. Das gegenwärtige „neoliberale Zeitalter“ lässt sich als Zeit des Übergangs von wohlfahrtsstaatlichen Garantien (z.B. im Bildungssektor) zur Eigenverantwortung und individuellem Risikomanagement betrachten. Dieser Kontext erlaubt deshalb auch einen neuen Blick auf das Konzept des Lebenslangen Lernens.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Foucault den Blick für diejenigen Abläufe zu schärfen versucht (vgl. Pongratz, 2004, S.6), die hinter offiziellen politischen⁴ Programmen verborgen bleiben und deren Disziplinar- und Kontrollmechanismen verschleiern. Foucault macht deutlich, dass die Disziplinargesellschaft gesellschaftliche Kräfte gerade dadurch effektiv unter Kontrolle bringt, indem sie sie steigert und potenziert. (ebd.) Die Gesellschaftsmitglieder werden nicht einfach „zurechtgeschliffen“ (ebd.), sondern produktiv integriert. Innerhalb der gouvernementalen Analytik spielten deshalb das Verhältnis von Wissensordnungen, Machtkonfigurationen und die Subjektivierungsprozesse eine bedeutende Rolle.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob hinter dem Begriff des „Lebenslangen Lernens“ das Konzept einer „Führung der Führungen“ verborgen liegt. Indem das Gouvernamentalitäts-Konzept mit dem Diskurs über das „Lebenslangen Lernen“ in Verbindung gebracht wird, sollen gleichzeitig die konzeptionellen Bestandteile dieser Analysemethode genauer dargestellt werden.

⁴ Damit können z. B. auch unternehmenspolitische Programme gemeint sein.

2 Die konzeptionellen Bestandteile des Gouvernementalitäts- Konzeptes vor dem Hintergrund des „Lebenslangen Lernens“

2.1 Die Begriffskarriere des „Lebenslangen Lernens“

Dass Autonomie, Mündigkeit, Emanzipation und Selbstbestimmung, wenn man diese Begriffe als Bildungsziele definiert, nicht mit dem Abschluss der Schule erworben werden können, war schon der Nationalversammlung der neu gegründeten französischen Republik 1792 klar, wenn sie schrieb. „Wir haben schließlich darauf geachtet, dass der Unterricht die Individuen nicht in dem Augenblick preisgeben darf, in dem sie die Schule verlassen; dass er vielmehr alle Altersstufen umfassen muss, dass es keine gibt, in der zu lernen nicht nützlich und möglich ist“ (Tuschling, 2004, S.152, zit. nach Gerlach, 2000, S.158). Obwohl diese Ansicht sehr an die heutige Forderung nach „Lebenslangem Lernen“ erinnert, hatte sie den im Bezug auf die o. g. Bildungsziele edlen Anspruch kantianischer Prägung, sich durch ständiges Bilden selbst aus der Unmündigkeit zu befreien und ein autonom handelndes Individuum zu werden. Die modern anmutenden Ansichten der Nationalversammlung verdecken leicht die enorme Erkenntnisleistung, die sich hinter der Forderung nach ständiger Bildung verbirgt: Der Mensch wird als ein Wesen erkannt, dass in der Lage ist, sich selbst zu bestimmen – dazu muss der Mensch sich bilden. *Wie* er sich bestimmt und *wie* er sich dementsprechend bilden soll, ist seit diesem Zeitpunkt Gegenstand kontroverser Bildungsdebatten, die unterschiedliche Menschbilder hervorgebracht haben. Welche Bildung der Mensch benötigt, kann nicht beantwortet werden, wenn man nicht weiß, was der Mensch ist. Kant eröffnete diese Kontroverse um Menschenbilder mit den vier fundamentalen Fragen: Was können wir wissen? Was können wir hoffen? Was können wir tun? Was ist der Mensch? (Kant, 1798, Anthropologie in pragmatischer Hinsicht abgefasst) Seitdem diese Fragen gestellt

wurden, mangelte es nicht an Antworten. In der Debatte um das Lebenslange Lernen scheint nun die über Generationen währende Frage nach dem Ziel des Lernens von der Frage nach einer bestimmten Grundhaltung zum Lernen abgelöst worden zu sein. Das impliziert, dass sich die Fragen, was wir wissen, hoffen und tun können, außerhalb unseres Einflussbereichs verlagert haben, ohne, dass wir es bemerkten. Trotzdem bildet aber die Beantwortung dieser Fragen unsere Orientierung in täglichen Entscheidungssituationen. Mit der Frage, wie ein Orientierungsrahmen zustande kommt, in dem bestimmte Grundhaltungen zu Entscheidungen und letztlich zu Handlungen führen, suchen wir weiter die Antwort im Konzept des Lebenslangen Lernens.

Theoretisch befruchtet von der Kritischen Theorie forderte 1967 Rudi Dutschke in einem „Gespräch über die Zukunft“: die befreite Gesellschaft habe auch eine „lernende Gesellschaft“ zu werden (Tuschling, 2004, S.152). Auch die aus der Politisierung der Gesellschaft Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre hervorgegangenen reformpädagogischen Konzepte proklamierten eine autonome Wissensaneignung als Gegenkonzept zum allgemeinen Bildungskanon.

Diese beispielhaften Postulate verdeutlichen neben einer gewissen Grundhaltung zur Bildung einen bestimmten historischen Entwicklungsstand der Gesellschaft mit einem spezifischen epistemologischen Überbau. Wie mit den Äußerungen deutlich wird, kann eine solche Wissensordnung auch Kontroversen beinhalten, so z.B. die Frage - Wie kann sich ein Individuum frei entwickeln, wenn es bestimmten (meist ökonomischen) Zwängen ausgeliefert ist? Diese Kontroversen sind hierbei kein Ausdruck unterschiedlicher Wissensordnungen, sondern bestätigen gerade durch ihre Diskursivität den einheitlichen mentalen Ordnungsrahmen.⁵ Zu fragen ist nun nach der derzeitig „herrschenden“ Wissensordnung, welche in der Lage ist, Debatten zu strukturieren, in dem sie beispielsweise Kategorien bildet und Probleme kontextualisiert. Da dies wichtig ist, um den möglichen Einfluss auf Subjektivierungsprozesse zu untersuchen, soll an dieser Stelle ein Exkurs zur

⁵ Das Verhältnis von Wahrheit und Wissen untersucht Foucault mithilfe seiner „Archäologie“. Für die Archäologie ist die Nähe dieser konfligierenden Diskurse weniger erstaunlich als erklärbar. Die Wissensordnung ist keinesfalls die Bedingung, dass alle dasselbe denken, sondern vielmehr die Bedingung, dass die Subjekte taktisch entgegengesetzte Positionen vertreten können. (vgl. Opitz, 2004, S. 45) „Anders gesagt ist die taktische Umkehrbarkeit des Diskurses eine direkte Funktion der Homogenität der Formationsregeln dieses Diskurses“ (Foucault, zit. n. Opitz, 2004, S. 45)

„neoliberalen Gouvernamentalität“ (Opitz, 2004, S. 58ff) unternommen werden. Damit wird gleichzeitig der Blick auf einen Orientierungsrahmen gerichtet, der für das Konzept des lebenslangen Lernens in der heutigen Zeit entscheidende Bedeutung hat.

2.2 Kontextuelle Verortung des Reflexionsgegenstandes in der neoliberalen Debatte

Wenn heute vom Neoliberalismus in der postkommunistischen Ära gesprochen wird, wird deutlich, dass es sich hierbei um sich widerstreitende Felder innerhalb der politischen Ökonomie handelt. Da wir uns heute in der Tat in einem postkommunistischen Zeitalter befinden und neoliberale Debatten vorherrschen, ist nun der analytische Blick darauf zu richten, welche Entwicklung zum Neoliberalismus führte, welchen Rahmen diese Wissensordnung setzt, und welche Folgen sich daraus für das Individuum ergeben.

Ein essentieller Wendepunkt in der sozialliberal bis sozialdemokratisch geprägten, durch fordistisch-sozialökonomisch organisierte Verhältnisse zwischen Staat, Unternehmen und Individuen gekennzeichneten Nachkriegsära, kann gegen Ende der 1960er Jahre festgestellt werden. Zunehmende Kapitalintensität der Produktion, Klassenauseinandersetzungen und eine Abnahme der Produktivitätszuwächse führten zu einem Rückgang der Profitrate industrieller Unternehmen. (Sablowski, 2004, S. 236) Parallel dazu verschärfte sich die internationale Konkurrenz, so dass Mitte der 1970er Jahre von einer schwerwiegenden wirtschaftlichen Krise gesprochen wurde, was zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse „zu Gunsten einer neoliberal geprägten Restrukturierung der kapitalistischen Verhältnisse führte.“ (vgl. ebd.) Solche Formulierungen der sich real vollziehenden Prozesse erwecken den Anschein, dass innerhalb dieses Prozesses der Staat als Regulierungsmacht⁶

⁶ Der politische Souverän wird hier als Instanz betrachtet, die zwischen unterschiedlichen Interessen sozialer Gruppen ausgleichend zu vermitteln versucht und per gesetzliche Regulierung eingreift.

zurückgedrängt wird⁷. Vielmehr eröffnet der Neoliberalismus eine Debatte um die Neuausrichtung der sozialen Topologie, indem sie das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft in ihrer gegenseitigen Durchdringung neu konfiguriert. (vgl. Opitz, 2004, S.58ff) Obgleich es unterschiedliche Spielarten des Neoliberalismus gibt, so z. B. der eher gemäßigte Neoliberalismus ordoliberaler⁸ Ausprägung, der an der Differenz von Ökonomie und Sozialem festhalten möchte, setzt sich immer mehr, ausgehend vom angloamerikanischen Raum, die Tradition der „Chicagoer Schule“ durch, welche versucht, die Differenz zwischen Ökonomie und Sozialem vollständig aufzuheben. In der Praxis bedeutet das eine allmähliche Assimilation des Sozialen im Ökonomischen, im Vertrauen, dass die Steuerungsfunktion des Marktmechanismus so groß ist, dass dieser auch auf Lebensbereiche ausgedehnt werden kann, die bisher wesentlich nicht als ökonomisch betrachtet wurden, wie zum Beispiel der Bildungssektor. Der Markt wird hier (analog zur Familie in Foucaults Untersuchungen, vgl. S. 6 dieser Ausarbeitung) als ideales Steuerungsinstrument angesehen. Die Regierungskunst besteht demnach hierin, marktförmige Handlungssysteme (vgl. Opitz, 2004, S.58ff) für Individuen, Gruppen und Institutionen zu etablieren. Für das Individuum bedeutet das, zum Unternehmer seiner Selbst zu werden (vgl. Begriff Entrepreneur, Bröckling, 2004, S.55ff), dessen Hauptaufgabe es wird, sein eigenes Humankapital möglichst gewinnbringend zu verwalten. Im Rahmen der Debatte um den „Wohlfahrtsstaat“ zeigt sich diese Entwicklung in den Appellen an die Eigenverantwortung, gespickt mit einer Moralisierung nach ökonomischen Wertmaßstäben, die es als ungerecht verurteilt, Leistungen des Staates in Anspruch zu nehmen, wenn nicht alle

⁷ Diese Auffassung wird beispielsweise von der globalisierungskritischen Gruppe Attac vertreten. (vgl. Opitz, 2004, S.58)

⁸ Die Idee des Ordo-Liberalismus tauchte erstmals in dem 1937 von der Freiburger Schule (Walter Eucken, Franz Böhm, Hans Großmann-Doerth) herausgebrachtem Heft *Ordnung der Wirtschaft* auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg diente der Ordoliberalismus als konzeptionelle Grundlage für die soziale Marktwirtschaft. Die Ordoliberalen erkannten, dass ein liberaler Markt die Tendenz hat, sich selbst aufzulösen. Die stärkeren Anbieter verdrängen nach und nach die schwächeren Anbieter und können dann den Markt diktieren. (Vermachtung des Marktes) Da man nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg und dem étatistischen Jahrzehnt der 30er wieder eine liberale Wirtschaftspolitik verfolgte, bezeichnet man diesen "neuen" Liberalismus auch als Neoliberalismus. (vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Ordoliberalismus>)

Möglichkeiten der Eigeninitiative ausgeschöpft wurden.⁹ Dadurch verändert sich in der neoliberalen Gouvernamentalität das theoretische Konzept der Gesellschaft, in der diese nicht mehr länger als Quelle von Bedürfnissen existiert, sondern nur den Rahmen bildet, in dem individuelle Ausübung von Freiheit und Selbstverantwortung entspringt. Damit wird die Solidarität als Maßstab gesellschaftlichen Zusammenhalts obsolet, weil es vielmehr die Energien und Aktivitäten der Individuen zu pflegen gilt. (vgl. Opitz, 2004, S.58ff) Gerade dadurch aber, erhebt sich dieser Neoliberalismus über die Stufe, *nur* eine rationale ökonomische Reform zu sein, in dem sie gleichzeitig als Maxime ethischer und kultureller Erneuerung auftritt. Er ist in dieser Form den emanzipatorisch geprägten Argumentationsmustern innerhalb der gegenkulturellen Bewegung der 68er Jahre nicht unähnlich. Deren einstige Forderungen könnten von den Apologeten des Neoliberalismus im Zuge der neoliberalen Erneuerung als verwirklicht präsentiert werden: Der bevormundende paternalistische Wohlfahrtsstaat ist passé – die singulären Bedürfnisse der Individuen haben Vorrang vor Homogenisierung durch staatliche Interventionen. Es bestehen individuelle Wahlmöglichkeiten und der allgemeinen Unterdrückung wird durch Einsatz freiheitlicher emanzipatorischer Praktiken entgegengewirkt. Ein Paradies für ehemals „lebensreformorientierte“ fortschrittliche Geister entsteht durch die Wiederentdeckung der „Kultur des Selbst“ (vgl. ebd.), wenn da nicht die eine oder andere Schranke auf der eigenen Selbstverwirklichungsstrecke zu durchbrechen wäre, die im Namen kapitalistischer Verfügungsentscheidungen geschlossen wurde. Und so kommt es im Zuge dieser Reterritorialisierung zu einigen Bedeutungsverschiebungen, welche die Widersprüchlichkeit des Neoliberalismus zutage treten lässt. Trotz aller kreativen Energie, die das Subjekt im Rahmen seines selbstverantwortlichen Handelns einsetzt, bleibt es doch normierenden Standards und der allgegenwärtigen Herrschaft des Marktes unterworfen, der die ausschließliche Reproduktionsgrundlage bildet.

Im Folgenden soll nun der in den beiden vorangegangenen Punkten beschriebene Kontext den Rahmen für eine Konkretisierung der konzeptionellen Bestandteile der Gouvernamentalitäts-Studien bilden.

⁹ Vgl. Zumutbarkeitskriterien und sanktionierende Maßnahmen im Rahmen von Hartz IV

2.3 Die konzeptionellen Bestandteile des Gouvernementalitäts-Konzeptes

2.3.1 Die Wissensordnung

Ein wesentlicher Bestandteil gouvernementaler Analysen ist die Untersuchung der jeweiligen Wissensordnung. Bevor sich Foucault mit dem Gouvernementalitäts-Konzept beschäftigte, interessierte er sich vor allem für eine spezifische Methode zur Analyse von historischen Wissensordnungen. Diese Forschungsmethode nennt er Archäologie. Foucault unterscheidet sich dadurch von einer traditionellen Geschichtsschreibung, sowie von etablierten philosophischen und gesellschaftstheoretischen Problemstellungen. (Lemke, 1997, S.38ff). Foucaults Geschichtsinterpretation versucht nicht die Gültigkeitsbedingungen für bestimmte Urteile hermeneutisch zu fassen, sondern er erforscht die Realitätsbedingungen unterschiedlicher historischer Aussagensysteme. Foucault zufolge gibt es eine Wissensordnung >unterhalb< spezifischer Wissenssysteme (wie wissenschaftliches oder alltägliches Wissen), welches die Möglichkeitsbedingung für bestimmte Aussagen, Verhalten, Methoden usw. darstellt. Foucault meint:

„In einer Gesellschaft verweisen die Wissensformen (les connaissances), die philosophischen Ideen, die Alltagsmeinungen, aber auch die Institutionen, die kommerziellen und polizeilichen Praktiken, die Sitten etc. auf ein bestimmtes Wissen (savoir), das dieser Gesellschaft eigen ist. Dieses Wissen unterscheidet sich fundamental von den Wissensformen, die man in wissenschaftlichen Büchern, philosophischen Theorien, religiösen Rechtfertigungen findet, da es vielmehr dieses Wissen ist, das zu einem gegebenen Zeitpunkt das Auftauchen einer Theorie, einer Meinung, einer Praktik ermöglicht“ (Foucault, 1966, S.498 zit. n. Lemke 1997, S.41)

In jeder Gesellschaftsformation existieren zu unterschiedlichen Zeiten bestimmte Wissensordnungen (*episteme*), die beispielsweise einen bestimmten Diskurs hervorbringen können. Die Bestandteile und Formen dieser Wissensordnung genauer zu beschreiben, ist nach Foucault sehr schwierig, weil wir innerhalb seiner Regeln sprechen (vgl. Kursbuch Medienkultur, 1999, S. 490ff). Deshalb

muss der Blick auf die Prinzipien gerichtet werden, nach denen etwa Diskurse fortbestehen, sich transformieren und auch wieder verschwinden können. (ebd.) Freilich bleibt für uns nur der Weg, über die Aussagensysteme zu möglichen Prinzipien einer Wissensordnung zu gelangen. Dieser soll im Folgenden besprochen werden, indem die Auseinandersetzung um das „Lebenslange Lernen“ mit unserem bisher gesammelten Rüstzeug der gouvernementalen Studien betrachtet wird.

Wie im Kapitel 2.1. zur Entstehung des „Lebenslangen Lernens“ schon beschrieben wurde, waren Begriffe wie Autonomie, Mündigkeit und Selbständigkeit schon seit der Aufklärung Bestandteil bestimmter Diskurse. Heute tauchen diese Begriffe wieder verstärkt auf, allerdings haben sie die Fronten gewechselt. Wurde nach 1968 noch das Vorhaben funktionierende Arbeitskräfte zu fabrizieren (vgl. ebd.) als „heimlicher Lehrplan“ entlarvt und angeprangert, so bezieht sich heute das „Lebenslange Lernen“, um „auf der Höhe der Zeit“ zu sein, ausschließlich auf verwertbare Bildungsziele. Dies findet seinen drastischen Ausdruck in der Redewendung: „Wer nicht mit der Zeit geht, muss mit der Zeit gehen“. Die ständige Beschleunigung technologischer Veränderungen, die Unplanbarkeit des weiteren Lebenslaufes, der schnelle Verfall von Wissen erfordere, dass „Kontinuierliches Lernen [...] zum Grundprinzip des Arbeitens werden“ [muss]¹⁰, so das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Das Lebenslange Lernen erweist sich als Programm und Methode dieser permanenten Lernverpflichtung. Dass das Leben zu einer Lernlaufbahn geworden ist, ist den meisten Menschen implizit bewusst. Die erste politische Forderung, dass dies zu organisieren sei, ist bereits, wie oben gesehen, mehr als zwei Jahrhunderte alt. Seine methodische (gouvernemental: politisch-strategische) Grundlegung erfuhr das Lebenslange Lernen aber erst mit dem sog. Faure-Report der UNESCO – Bildungskommission im Jahre 1972. Die Bildungskommission legte unter dem Vorsitz von Edgar Faure einen Bericht vor, der die wesentlichen Elemente eines, die gesamte Lebensspanne umfassenden Bildungsprozesses, skizziert (vgl. ebd.). Leben lernen, so die Autoren, heiße in der heutigen Gesellschaft, in der sich das

¹⁰ Bundesministerium für Bildung und Forschung in einer Pressemitteilung vom 12. März 2003

Wissen ständig verändert, Lernen lernen. Nur wenn das Individuum in der Lage sei, seine Persönlichkeit zu entwickeln, könne es seine Bestimmung verwirklichen. Die Befreiung aus der Unmündigkeit fällt hier zusammen mit der Herrschaft über sich selbst. (ebd.) Infolge dessen wurden viele Maßnahmen ergriffen, um das „Lebenslange Lernen“ zu systematisieren. Das betrifft die Institutionen, die Inhalte, die Zuständigkeiten und die Finanzierung des „Lebenslangen Lernens“. Kurzum, das „Lebenslange Lernen“ wird zu einem politischen Programm.

Wohlgemerkt ist dieser Prozess historisch eingebettet in einen neoliberalen Diskurs, der auf eine Ausdehnung des Marktprinzips abzielt, die Diskussion jedoch ganz auf die Entwicklung des Individuums konzentriert. Angerufen wird der kapitalistisch kanalisierte Selbsterhaltungswille jedes Einzelnen, der sich im verschärfenden ökonomischen Wettbewerb selbst ermächtigen soll („Empowerment“¹¹), durch Eigenleistung seine Beschäftigungsfähigkeit („Employability“¹²) zu erhalten. Der „subjektive Faktor“ wird nicht ausgeschaltet und vereinheitlicht, sondern mobilisiert und in Dienst genommen. (ebd.) Die Befreiung von disziplinierenden Formen des Lernens und normierten Inhalten soll erreichen, dass das lernende Subjekt und seine Selbststeuerungs- und Selbstorganisationspotenziale aktiviert werden. Diese neuen „Schlüsselqualifikationen“, so die Kommission der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 2000 bilden „die Voraussetzung [...] für eine aktive Teilhabe an der wissensbasierten Gesellschaft und Wirtschaft.“ So erweist sich das Lebenslange Lernen als Technik der Selbstführung mit dem Ziel eines umfassenden und dauernden Wandlungs- und Anpassungsvermögens (vgl. ebd.). Das Merkmal „lebenslang“ weckt in diesem Zusammenhang allerdings auch ambivalente Assoziationen, da es nicht von ungefähr an Höchststrafe erinnert. So wird das

¹¹ Im Deutschen Wörterbuch findet man unter dem Eintrag „Empowerment“ : „Machtumverteilung zum Zwecke der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, Unterstützung und Verbesserung der gesellschaftlichen Position von benachteiligten Individuen oder Gruppen [engl., „Selbstbevollmächtigung“] Vgl. auch Barbara Cruikshank, 1999: The Will to Empower: Democratic Citizens and other Subjects

¹² Dieser Begriff wurde im Rahmen der europäischen Beschäftigungspolitik in Umlauf gebracht. Abgeleitet aus "employable", was so viel heißt wie anstellbar, anwendbar oder zu beschäftigen, bezeichnet Employability die Aufgabe, die Arbeitsmarktfähigkeit zu erhalten, herzustellen oder wiederherzustellen. Die zunehmende Verbreitung des Begriffs wird nur verständlich vor dem Hintergrund von Arbeitsmarktszenarien, die einen grundlegenden Wandel der Arbeitslandschaft voraussagen.

Lebenslange Lernen auch als Bedrohung gesehen, lebenslang lernen zu müssen. Wenn man aber analysiert mit welchem Vokabular der Vollzug des Lernens attribuiert wird: „fit machen für den job“, „trainieren“, um „gut aufgestellt zu sein“, so verwandelt sich diese Bedrohung in Form von Sportmetaphern in etwas Spielerisches und Herausforderndes. Auch diese Bedeutungsverschiebung bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Sinnstiftung des Herkunftsvokabulars. Sport, Spiel, Freunde und Natur werden nicht mehr als implizit regenerierende Freizeitaktivitäten angesehen, die ihrem Selbstzweck folgen, die Freizeitaktivitäten erhalten nun auch den Sinn, sich neben dem „fit halten“ für den nächsten Tag, „fitter zu machen“, in dem man sich mit Themen beschäftigt, die die Arbeit betreffen. (vgl. Held, Bibouche, 2002, S. 250)¹³. Um im Sportbild zu bleiben, werden dadurch Regenerationsphasen in Überkompensationsphasen umgewandelt.

Beschrieben wurde im Vorangegangenen eine Auseinandersetzung, die sich innerhalb einer bestimmten Wissensordnung konfiguriert. Bestimmte Begriffe, Logiken, Wahrheiten bis hin zu institutionellen Rahmenbedingungen, die hervorgebracht wurden, konnten mit dem Diskurs über das „Lebenslange Lernen“ dargestellt werden. Übergeordnete Prinzipien der Wissensordnung erschließen sich uns dadurch freilich noch nicht. Erst wenn im Weiteren der Zusammenhang von Wissensordnung und Macht genauer beschrieben wird, werden bestimmte ermächtigende Wirkmechanismen deutlich, die im direkten Zusammenhang mit dem Diskurs zu betrachten sind. Die Wirkungen auf Individuen, die durch diesen Diskurs innerhalb einer bestimmten Wissensordnung erzeugt werden, lassen sich als Subjektivierungsprozesse fassen. Diese Subjektivierung vollzieht sich im Wechselspiel von individueller Anrufung und Eingebettetsein in den Diskurs. Neben der spezifischen Wissensordnung muss deshalb auch das Wissen/Macht-Verhältnis und seine Rolle bei der Subjektivierung in die gouvernementale Betrachtung mit einbezogen werden.

¹³ Im Rahmen der IG Metall Jugendstudie gaben 52% der Befragten an, dass sie sich auch in der Freizeit mit Themen beschäftigen, die die Arbeit betreffen. 36% davon weil es sie interessiert, 16 % weil das in ihrem Beruf notwendig sei. (Held, Bibouche, 2002)

2.3.2 Macht und Subjekt

Der besondere Effekt gouvernementaler Regierungskunst besteht vor allem darin, innerhalb eines Diskurses strategische Prinzipien zur Wirkung zu bringen. Thomas Lemke hat folgende Definition der „Gouvernementalität“ entwickelt, die besonders anschaulich wird, wenn wir dabei den beschriebenen Diskurs zum Lebenslangem Lernen als Folie unterlegen:

„ Zum einen bezeichnet der Begriff [Gouvernementalität Anm. T.K.] eine spezifische Form der Repräsentation, das heißt Regierung definiert ein diskursives Feld, innerhalb dessen die Ausübung der Macht „rationalisiert“ wird. Dies geschieht unter anderem durch die Erarbeitung von Begriffen und Konzepten, der Spezifizierung von Gegenständen und Grenzen, durch die Bereitstellung von Argumenten und Begründungen etc. Auf diese Weise ist Regierung weder mit konkreten Inhalten noch mit einer bestimmten Methodik identisch, sondern bezeichnet die Form der Problematisierung, das heißt sie definiert einen politisch-epistemologischen Raum, innerhalb dessen historische Probleme auftauchen (können) und bietet zugleich – möglicherweise konfligierende oder widersprüchliche – Lösungs- und Bearbeitungsstrategien für diese Probleme an“. (Lemke, 2000, S. 32)

Nicolas Rose (2000, zit. nach May, 2003, S. 84) bezeichnet diese Form des Regierens als „Regieren durch Aktivierung des Engagements“.¹⁴

¹⁴ Betrachtet man die Bedeutung des Begriffes „Engagement“ genauer, bekommt diese Aussage eine besondere dialektische Tragweite. Der Begriff Engagement hat in Deutschland eine sehr kurze Geschichte. Erst in den 60er Jahren ging das Wort Engagement in die Alltagssprache ein. Es ist der französische Philosoph Jean-Paul Sartre, der im Rahmen seiner Existenzphilosophie den Begriff entscheidend prägte. Für ihn sind die Menschen zur Freiheit verurteilt, denn Freiheit ist eine verborgene Eigenschaft des Bewusstseins. Als stets Freie müssen sie ihre Freiheit wahrnehmen, um sie bewusst zu leben. Dies geht nur, in dem sich das Individuum für alle Menschen verantwortlich fühlt und sich aus bestimmten „Situationen“, in die es verwickelt (engagé) ist, befreit. Das ist bewusstes Engagement. Nur so kann der Mensch authentisch leben, in dem er sich bewusst engagiert. (Bibouche, Held, Marburg, 2002) Arthur C. Danto interpretiert gar bei Sartre „engagiert sein“, „Dasein“ und „Mensch“ als Synonym (Göttingen, 1997, S.97). In dem oben beschriebenen Beispiel müsste man Roses „Engagement“, aus Sartres Perspektive betrachtet, als eine Aktivierung zum Menschsein verstehen. (Zu fragen wäre, ob dies das Menschenbild ist, das dem Faure-Report der UNESCO, wie auf Seite 9 beschrieben, entspricht.) Vergisst man nicht den bedingenden Rahmen der neoliberalen Zielrichtung des Engagements, so wäre in der hier vorliegenden deskriptiven (aber implizit kritischen) Kommentierung der gouvernementalen Vorgänge als „Aktivierung des Engagements“ ein, vermutlich ungewollt, reduziertes Menschenbild beschrieben. Auf dieses läuft es aber, wie wir im weiteren Verlauf dieser Arbeit sehen werden, letztlich hinaus.

Doch worin (oder woraus) besteht die Macht, die letztlich aktivierende Wirkung hat? Es wirkt eine Handlungsmacht, die genauer betrachtet, durch das Subjekt erst zur Wirkung gelangt. Das Individuum stellt sich der Problematisierung des lebenslangen Lernens, durch die es in Form einer bestimmten historischen Gegebenheit angerufen wird. Dass das Individuum sich angerufen fühlt, kann zum Beispiel durch angenommene subjektive Bedeutsamkeit erfolgen. Diese Anrufung¹⁵ besitzt prinzipiell das Potenzial, die Subjekte zu einer gedanklichen Auseinandersetzung anzuregen und in Folge dessen aufgrund eigener Entscheidungen zu einem bestimmten Handeln zu bewegen.

Einfacher: Durch die rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt muss man sich ständig weiterbilden. Dafür opfert man Zeit und Geld – man betrachtet das als Investition, schließlich bringt es einem persönlich ja auch was.

Die „rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt“ ist ein Element der verbreiteten politischen Rationalität, die als Wirkung auf das Individuum dazu führt, dass es sich ständig weiterbilden muss. Das Individuum sieht diese Rationalität aufgrund von weiteren Umständen als bestätigt an (auf die später noch unter „Sicherheitsdispositive“ eingegangen wird). Es trifft „rationale“ Entscheidungen und handelt dementsprechend. Die Behauptung, dass es dem Individuum selbst zusätzlichen Nutzen bringt, ist als weitere Bestätigung zu werten, die die subjektive Bedeutsamkeit unterstreicht und dadurch ein subjekt-bemächtigendes Bereitschaftspotenzial dauerhaft anlegt. Deshalb kann in diesem Zusammenhang nicht von einer Verschiebung der Machtverhältnisse gesprochen werden, sondern besser von einer (ständigen) Verschiebung der Position der Macht. Durch die enorme Eigenleistung des Individuums im Prozess der Selbst-Ermächtigung (vgl. „Empowerment“!) werden die Subjekte hierbei nicht manipuliert, weil die Anrufung nur Anlass zur Selbstmanipulation, aber selbst keine Manipulation ist. Eventuelle Entscheidungen und Handlungen, die als Folge dieser subjektiven Konstitutionalisierung getroffen bzw. vollzogen werden, werden als selbst bestimmt und authentisch identifiziert und in eventuellen Rechtfertigungssituationen „selbstbewusst“ verteidigt. Die Macht der Regierung besteht somit darin, effektive Diskurse zu organisieren, welche die Individuen

¹⁵ Vgl. Fn. 3 S. 10

anrufen und somit zu Subjektivierungsprozessen führen, die individuelle (Handlungs-) Macht erzeugen. Es wird ein Bereitschaftspotenzial, in bestimmten Situationen in eine bestimmte Richtung zu handeln, nachhaltig angelegt.

Der Zusammenhang von Wissen und Macht wird im Subjektivierungsprozess deutlich. Gouvernementale Macht ist keine zentral handelnde Macht im dialektischen Sinne von Macht und Ohnmacht, sondern besteht in einer Ermächtigung, die durch Subjektivierungsprozesse entsteht. Genauer: In Handlungen gouvernemental subjektiver Individuen vollzieht sich eine Macht, die erst durch das Subjekt hindurch zur Wirkung gelangt und dadurch gleichzeitig wiederum die Subjektwerdung beeinflusst. Der Zusammenhang von Wissensordnung und verändertem Machtbegriff ermöglicht einen neuen Blick auf Subjektivierungsprozesse. Jedoch erschließt sich uns noch nicht umfassend, welche Wirkmechanismen innerhalb des Subjektivierungsprozesses existieren. Das >Sicherheitsdispositiv< als weiterer Bestandteil des Gouvernementalitäts-Konzeptes ermöglicht diesbezüglich eine tiefere Analyse.

2.3.3 Das Sicherheitsdispositiv

Am Praxisbeispiel des „Lebenslangen Lernens“ lässt sich das Konzept der Gouvernementalität veranschaulichen. Es zeigt, wie das Subjekt in Diskurse¹⁶ involviert ist, die ein bestimmtes Ergebnis hervorbringen, bzw. die subjektive Erkenntnismöglichkeit und Handlungsmacht beeinflussen. Welche Rolle spielen hierbei die Sicherheitsdispositive?

Wie der Name schon andeutet, geht es hierbei um Sicherheit (im Sinne der ökonomischen Selbsterhaltung) und ganz allgemein gesprochen, um Arrangements, die bestimmte Wirkungen hervorbringen. Um den Begriff >Sicherheit< in erster Näherung zu verstehen, dürfen wir den Kontext zu neoliberalen Debatten nicht vergessen. Deshalb soll im Folgenden der Zusammenhang von Sicherheit und gouvernementaler „Regierungskunst“ kurz erläutert werden.

„Sicherheitsmechanismen“ war in Folge der Arbeiterbewegung in der Hochzeit der Industrialisierung das Schlagwort für die Etablierung eines politisch-rechtlichen Rahmens, der soziale Unsicherheiten wie Arbeitslosigkeit, Unfälle und Alter gegen enthemmte kapitalistische Marktgesetze zu kompensieren versuchte, und dadurch gleichzeitig systemsstabilisierend wirkte. Die „soziale Marktwirtschaft“ anerkannte den Markt als wirtschaftliches Grundprinzip, misstraute jedoch der Auffassung, dass das freie Spiel der Kräfte in der Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu „gleichen“ (oder ethisch formuliert: gerechten) Lebensverhältnissen führen wird. Deshalb wurden Regularien installiert, die letztlich der Einkommenssicherung, der nicht an Produktionsentscheidungen beteiligten Arbeitnehmern, dienten. Unter aktueller neoliberaler Regie sind die Marktgesetze stabiler denn je und der Staat scheint, was die Aufgabe der

¹⁶ >Diskurs< wird hier nicht nur auf sprachlichem Sinne reduziert verwendet, sondern auch als symbolischer Diskurs über Zeichen, bestimmte nicht-semantische Kommunikationsformen, administrative Rahmenbedingungen und Vorgaben etc. Da alle sozialen Praktiken bedeutungsvoll sind, haben sie auch einen diskursiven Aspekt. (vgl. Hall, 1994)

Absicherung sozialer Risiken angeht, im Rückzug begriffen. Doch was hier als Verdrängung des Staates und Entmachtung der Politik identifiziert wird, kann auch als politisches Programm analysiert werden: der sog. „Rückzug des Staates“ hat strategischen Charakter (vgl. Lemke, 2004, S. 11). „Sicherheitsdispositiv“ ist nun das Instrument, welches an die sozialen Risiken angelegt wird, jedoch mit dem politischen Ziel einer Verantwortungsübertragung für ein risikoabsicherndes oder besser noch „proaktives“, gefährdungsminimierendes und selbstgesteuertes Handeln im Sinne einer Selbstabsicherung. So betrachtet ist der Staat mit seinen politisch Handelnden keineswegs auf dem Rückzug, sondern hat diesen beschriebenen Transformationsprozess von kollektiver Fürsorge zu individueller Selbstsorge zu organisieren. Weil Entscheidungen innerhalb bestimmter Handlungsoptionen, als Ausdruck des freien Willens innerhalb der neoliberalen Rationalität, als selbst bestimmt erscheinen, sind auch die Folgen des Handelns dem Subjekt selbst zuzuschreiben und von ihm selbst zu verantworten. Damit können zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Zum einen wird das ökonomische Prinzip auch auf Bereiche übertragen, die dem Markt bisher nicht oder nur teilweise offen standen (z.B. Bildungsbereich, Sicherheitsdienste)¹⁷, zum andern wird das Subjekt im Falle des Scheiterns seiner Selbstabsicherung als inkompetent hinsichtlich seiner Selbstsorge gebrandmarkt, was es wiederum verstärkt dazu anhalten soll, seine „Selbstorganisations- und „Selbstpräventionskräfte“ weiter zu stärken¹⁸. Auf diese Weise wird die Verbesserung der eigenen Sicherheit zum Zeichen individueller Autonomie. Gleichzeitig entsteht ein gesellschaftlicher Imperativ, dass es nicht nur irrational,

¹⁷ Man male sich aus, wohin es führen kann, wenn der Markt auf weitere Sicherheitsdienste ausgedehnt wird und dort ebenso ökonomisches Kalkül das (somit wirtschaftliche und nicht etwa ehrenamtlich, karitativ usw.) Handeln rechtfertigt. Z. B. könnte sich dann die „Feuerwehr“ mit der Anfahrt etwas Zeit lassen, weil erst ein Großbrand, in Folge der Mehrleistung, entsprechende Rendite abwirft. Das könnte wiederum Auswirkungen auf sprachlich-kulturelle Redwendungen haben: „Schnell wie die Feuerwehr“ könnte sich wandeln in „in der Ruhe liegt die Rendite“ oder „Richtig brennt’s erst, wenn die Feuerwehr da ist“. Dieser eigentlich nicht erwünschten Entwicklung könnte dann durch eine Konkurrenz-Feuerwehr begegnet werden. Man müsste sich dann allerdings auch zwei Feuerwehr-Notruf-Nummern merken. Die Gefahrensituation könnte sich allerdings dadurch wieder verschärfen, wenn die Feuerwehren ständig ihre Lösch-Tarife wechselten und man erst im Internet über DSL-Flatrate nach der günstigsten „Nummer“ des Lösch-Anbieters suchen müsste. Ein sich illegal entwickelndes Lösch-Anbieter-Kartell könnte sich durch diese „Marktstrategie“ ihre direkt gesteigerte Nachfrage selbst erzeugen, weil bis zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht gelöscht wurde usw. usf.

¹⁸ Dieser Grundgedanke liefert auch die Begründungen für „Hartz IV“

sondern auch unmoralisch ist, z.B. es den „Verbrechern zu einfach zu machen“ oder „nichts für seine berufliche Weiterbildung zu tun“ und der Allgemeinheit die Kosten für prinzipiell vermeidbare Folgekosten aufzuerlegen (vgl. Lemke, 2000, S.39). Um solche Subjektivierungsprozesse hervorzubringen, gilt es einen Diskurs zu organisieren, der entsprechende Sicherheits-, oder besser gesagt, Unsicherheitsgefühle erzeugt, und mit einer „Technologie der Angst“ (vgl. Massumi, 1997) operiert. Betont werden muss, dass es dabei nicht zu einem Verlust staatlicher Regelungs- und Steuerkompetenzen kommt, sondern zu einer Umorganisation oder Restrukturierung der Regierungstechniken. (vgl. Lemke 2004) Dieser Diskurs kann als ein Element des Dispositivs bezeichnet werden. In diesem Kontext können wir uns dem Begriff Dispositive (analog Sicherheitsdispositive) als Bestandteil gouvernementaler Analysen nähern. Den Begriff „Dispositiv“¹⁹ kann man nicht in wenigen Worten erklären. Dessen Bedeutung umschreibt Foucault folgendermaßen:

„Was ich unter diesem Titel festzumachen versuche ist (...) ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architektonische Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder anthropologische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfasst. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann.“ (Foucault, zit. nach Opitz, 2004, S.48)

Es lassen sich vier Merkmale identifizieren, die dieses Netz genauer definieren. Zum einen unterstreicht dieses Dispositiv-Konzept eine gegenseitige Durchdringung von sprachlichen und nicht-sprachlichen Diskursen, wodurch der Verdacht eines „linguistischen Monismus“ (vgl. Opitz, 2004, S. 48ff) ausgeräumt wird, weil das Dispositiv auch materielle Bestandteile hat (wie die Beschaffenheit von Gebäuden).

Zweitens postuliert Foucault nach dem Motto: „Das Ganze ist mehr, als die Summe seiner Teile“ mit dem Dispositiv eine Entität, die erst in der Betrachtung des gesamten Netzes zuverlässige Aussagen über mögliche Wirkung erlaubt, wobei die Bedingung für mögliche Wirkungen nicht die Gesamtheit des Netzes

¹⁹ Der Begriff wurde zuvor auch schon von Louis Althusser, Jean-Francois Lyotard und Jean-Louis Baudry auf variierende Weise verwendet. Durchgängig bezieht er sich grundsätzlich auf die Frage nach Form und Inhalt unter Gesichtspunkten historischer Praktiken. Gegenwärtig avanciert der Begriff unter Rekurs auf Baudry zu einem Paradigma der Medientheorie. (vgl. Opitz, 2004)

sein muss. Zudem wechseln die Elemente im Netz ihre Position und verändern ihre Funktion (Foucault, zit. nach Opitz, 2004, S.49).

Deshalb vermeidet das Dispositiv kausale Erklärungsmuster für historische Erscheinungsbedingungen, sondern vervielfältigt die wirksamen Beziehungen der einzelnen Elemente (innerhalb des Dispositivs). Erst dadurch kann die zu einem bestimmten Zeitpunkt entstehende Rationalität nachgezeichnet werden.²⁰ Die Wirkungen auf die Individuen zu erklären ist nicht leicht, weil dies eine tiefenpsychologische Gründlichkeit voraussetzen würde²¹. Jedoch lassen sich gesellschaftliche Veränderungen (z. B. administrativer oder institutioneller Art) mit dem Dispositiv in Verbindung bringen. Wichtig im Umgang mit dem Dispositiv ist trotzdem die Vermeidung jeglicher Art von Schließung.

Als Drittes besitzt das Dispositiv einen strategischen Charakter, der sich in einer „Doppelbewegung“ (ebd.) äußert. Zum einen ist es immer eine Reaktion auf einen bestimmten „Notstand“²² (Foucault, zit. nach Opitz, 2004, S.49), also ein Diskurs (vor dem Hintergrund eines bestimmten, tatsächlich existierenden Sachverhaltes), der eine „Krise“ bewältigen will bzw. die Individuen in dem Sinne anruft, dass „dieses Problem“ gelöst werden muss. Zum anderen werden die dadurch ausgelösten und unvorhersehbaren Effekte reintegriert, was einer gemutmaßten existierenden List eines „metahistorischen Subjekts“ (Opitz, 2004, S.49) widerspricht²³. Das Strategische am Dispositiv verweist also auf eine „Verstrickung zwischen Prozesserhaltung und Prozessumformung“ (Foucault, zit. nach Opitz, 2004, S. 49).

Das Dispositiv bezeichnet vor allem aber ein Gebilde aus Macht und Wissen, die sich gegenseitig bedingen. Kräfteverhältnisse wirken strategisch, in dem sie

²⁰ Dadurch kristallisiert sich bei Foucault, wie in Kap. 2.3.1. (Wissensordnung) bereits dargelegt eine Geschichtsauffassung heraus, die sich zwischen „Geschichte als Zufall“ und „Geschichte als determinierende politische oder gar verschwörerische Strategie“ befindet. Foucault leugnet nicht, dass Zufälle die Geschichte beeinflussen können, er leugnet auch nicht, dass politische Strategien am Werke sind – um aber die notwendigen Subjektivierungsprozesse ablaufen zu lassen, ist das Dispositiv notwendig.

²¹ Anhand solcher Überlegungen versucht Judith Butler diesbezüglich mögliche Lücken in Foucaults Subjektivierungskonzept zu schließen. (vgl. Judith Butler, 2001, S. 81)

²² Die Überlegung, dass mit einem Notstand immer auch der Selbsterhaltungstrieb angesprochen ist, dürfte Foucault zu der analog verwendeten Bezeichnung „Sicherheitsdispositive“ geführt haben. Die Dispositive sprechen Ängste und Sicherheitsbedürfnisse gleichermaßen an.

²³ Diese Vermutungen enden nicht selten in einer Verschwörungstheorie, die in den meisten Fällen ein handelndes Subjekt, das sich hinter der Strategie verbirgt, identifizieren will.

bestimmte Wissenstypen stützen und durch diese gestützt werden. (vgl. Opitz, 2004, S.49) Diese Dyade aus Wissen und Macht bestimmt Erkenntnis als einen gesellschaftlichen Vorgang, der von Kommunikationssystemen, deren Registrierung und der Anhäufung und Distribution von Wissen abhängig ist. Wissen wird als Ausdruck der jeweiligen Machtverhältnisse betrachtet und jede „Verwendung“ des Wissens im Diskurs durch eine Macht hängt davon ab, wie dieses Macht/Wissen–Verhältnis zustande kommt. Die Dekonstruktion dieser Dyade von Macht und Wissen kann erklären, warum ein „bestimmtes Zwangsverfahren rationale, kalkulierte, technisch effiziente Formen und Rechtfertigungen annimmt“ (Foucault, zit. nach Opitz, 2004, S.49). An diese Überlegungen anknüpfend kann das Ergebnis der Artikulationsweisen eines Dispositivs (vgl. Opitz, 2004, S.49f) als „Wahrheit“ bezeichnet werden. Die „Wahrheit“ wäre somit ein Effekt, der Elemente eines Dispositivs, die als Problematisierung in Beziehung treten. Die im intersubjektiven Austausch sich bestätigende „Soziale Wahrheit“ unterliegt natürlich den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, wobei das Problem der Kritik nicht darin besteht, ideologische Inhalte zu identifizieren und zu benennen, sondern in der Aufgabe, „herauszufinden, ob es möglich ist, eine neue Politik der Wahrheit zu konstituieren“. (Foucault, zit. nach Opitz, 2004, S.50)

Die oben beschriebene Wahrheitsproduktion könnte auch als wirksame „Idee“²⁴ innerhalb der Strategie des Dispositivs bezeichnet werden, die letztlich handlungsintensivierende Auswirkung auf Subjekte hat. Eine neue Politik der Wahrheit zu konstituieren, die Widerstand bedeuten könnte, erfordert deshalb, das Dispositiv vom Kopf auf die Füße zu stellen, indem das Wissen über das (Wirkungsmacht erzeugenden) Macht-Wissen-Verhältnis als offen (mit-)kommunizierendes Element in das Dispositiv integriert werden muss. Das Thema Widerstand wird im Schlussteil genauer zu betrachten sein.

Im Folgenden soll im Kontext der Debatte um das „Lebenslange Lernen“ versucht werden, einige Elemente des diesbezüglichen Sicherheitsdispositivs zu beschreiben - als Versuch einer gouvernementalen Analyse des Konzepts des

²⁴ Angelehnt an Hegels Begriff des „Geistes“

Lebenslangen Lernens. Der Diskurs über die „Wissensgesellschaft“ soll hierbei exemplarisch einen möglichen Zugang verschaffen.

3 Die Expansion des „Lebenslangen Lernens“ in der Wissensgesellschaft“ - der Versuch einer gouvernementalen Analyse

Eine gouvernementale Analyse richtet den Blick gezielt auf die jeweilige Epistemologie, die Sicherheitsdispositive und die sich in diesem Feld vollziehenden Subjektivierungsprozesse. Folglich können diese Kategorien auch einen analytisch-instrumentellen Charakter einnehmen und zu einer bestimmten Methodik gouvernementaler Analysen geformt werden. Im Folgenden wird in diesem Sinne vorgegangen und der Versuch einer gouvernementalen Analyse unternommen.

Die Diskussion um die Wissensgesellschaft ist ein Katalysator im Prozess der Restrukturierung des Staates, der neben den Auswirkungen auf das Subjekt auch Auswirkungen auf den institutionellen Rahmen der Bildungslandschaft hat, wie aktuell an der Reform des Bildungssystems deutlich wird. Wohlgermerkt nur „die Diskussion darüber“ oder präziser: der Diskurs über die Wissensgesellschaft kann bei Subjekten wirken und nicht ein möglicher, meist komplexer Sachverhalt selbst, der sich implizit hinter diesem Begriff verbirgt. Sucht man nämlich nach etwas „Griffigem“, was mit dem Begriff „Wissensgesellschaft“ identisch sein könnte, stößt man auf die größten Probleme. Diese sollen hier erörtert werden, da dies für eine weitestgehend objektive Einschätzung der aktuellen Diskussion über die Wissensgesellschaft und deren „gouvernementale“ Wirkungen nötig ist. Anschließend können diese Wirkungen im Diskurs des Lebenslangen Lernens genauer analysiert werden.

Die Heinrich Böll Stiftung z. B. proklamiert, dass „Wissen [sei] zur entscheidenden Produktivkraft moderner Ökonomien geworden“. (zit. nach Kocyba, 2004, S.300ff) Auch der ehemalige Bundespräsident Herzog vertrat die Auffassung: „Die Zukunft

gehört der Wissensgesellschaft²⁵. (ebd.) Der mögliche Einwand, dass Wissen nicht allein in seiner ökonomischen Bedeutung aufgehen könne, macht neugierig, was unter Wissen eigentlich verstanden wird. Würden wir im Verständnis philosophischer Tradition unter Wissen eine „wahre, gerechtfertigte Überzeugung“ verstehen, so wäre ein großer Teil dessen, womit moderne Wissensökonomie handelt, überhaupt kein Wissen. (ebd.) Lassen wir solche, mit dem Anspruch ein mögliches Ganzes zu umfassende, Bezeichnung gelten, akzeptieren wir einen reduzierten Wissensbegriff, der sich in der Wissensgesellschaft nicht mehr über seine Wahrheit legitimiert, sondern über seinen ökonomischen Nutzen. Das Wissen wird von seinem Wahrheitsanspruch auf einen Ressourcencharakter reduziert. Aufgrund dieser Unschärfe fällt es schwer, das Neue an der Wissensgesellschaft zu definieren. Die Einen behaupten, dass mit der Wissensgesellschaft eine nachkapitalistische Ära angebrochen sei, andere wiederum sagen, dass sich darin nur eine veränderte Gestalt des Kapitalismus zeige. (vgl. ebd.) Die erste Gruppe, die Wissen als Machtquelle identifiziert, sieht die Tendenz, dass das Verfügen über Wissen zum Verfügen über Eigentum mutiert. Als Privateigentümer Träger der Produktionsmittel zu sein, bedeute zugleich das Kommando über die Arbeit als Machtquelle zu übernehmen. Sie bleiben jedoch die Erklärung schuldig, wie Wissen „ohne exklusive proprietäre Aneignung zur Machtquelle werden kann“²⁶(ebd.). Die diesbezüglich skeptische zweite Gruppe sieht in der Wissensgesellschaft eine weiterentwickelte Stufe des Kapitalismus, in der das ehemals freie Kollektivgut Wissen in den Sog des

²⁵ Sein Nachfolger Rau übte diesbezüglich in seiner Rede zum Thema „Von der ersten Medienrevolution zur Wissensgesellschaft“ beim Mainzer Medienkongress 2000 Kritik: „Das sind Wörter, die als neutrale wissenschaftliche Begriffe daher kommen und ihre Herkunft aus bestimmten Gedankengebäuden oder politischen Programmen verdecken; Wörter, die eine Diskussion über die in ihnen enthaltenen Zielvorstellungen verhindern sollen; Wörter, die mit ganz unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden können; Wörter, die uns vorgaukeln, es gebe nur einen Weg in die Zukunft, einen Weg ohne Alternative; Wörter, die das Nachdenken erschweren, statt es zu fördern. Entwicklung und Globalisierung, Projekt und Effizienz sind solche Wörter. Wissensgesellschaft - die Veranstalter mögen mir diesen Hinweis verzeihen - auch.“

²⁶ Eine Anregung zu einem Erklärungsversuch könnte folgendes Gedankenspiel sein. Ein an der amerikanischen Börse notiertes Unternehmen der IT-Branche hatte zur Zeit des Börsenbooms der „New Economy“ einen Börsenwert von über 1 Billion US Dollar. Wäre den Beschäftigten bewusst gewesen, dass sie, indem sie, in dem „wissensbasierten“ Unternehmen, für einige Tage nicht zur Arbeit erschienen wären, einen Börsencrash ungekannten Ausmaßes verursacht hätten? Wäre ihnen die Überführung des Unternehmens in ihr Privateigentum möglich gewesen? Wenn Ja, wie anders sollte das in einer Gesellschaft, deren gesellschaftliches Handeln in den wesentlichen Dingen auf juristischen Verträgen basieren, funktionieren, als durch unrechtmäßige Aneignung?

kapitalistischen Verwertungsprozesses gerät und dadurch neue soziale Ausschlussformen hervorbringt, die wiederum neue Formen sozialer Ungleichheit etablieren. In diesem Sinne verweist der Begriff Wissensgesellschaft nicht auf eine Überwindung der kapitalistischen Rationalität, sondern auf ihre Ausweitung. Kurzum, Wissen wird neben der Vergegenständlichung in Produkten und Dienstleistungen selbst zur Ware. (vgl. ebd.) Diese beiden Sichtweisen grenzen sich insofern von älteren Diskussionen über das Wissen und ihre Auswirkung auf die Gesellschaft ab, die in postindustriellen Debatten²⁷ geführt wurden, als diese das Bild einer verwissenschaftlichen Gesellschaft vor Augen hatten, in der wissenschaftliches Expertenwissen der Kern des Wissens bilde. Die Kritik an diesen Debatten, denen der Vorwurf der Eindimensionalität und Alternativlosigkeit gemacht wurde, wurde in den aktuellen Wissensbegriff integriert, der dadurch um das Wissen von Gegenexpertisen sozialer Bewegungen, das Erfahrungswissen der Praktiker und das Laienwissen von Betroffenen erweitert wurde. Mit dem Aufkommen des Informationszeitalters befürchtete vor allem die postmoderne Kritik, dass Wissen nur noch innerhalb technischer Kommunikationsmöglichkeiten überleben werde. (vgl. Lyotard, in Kursbuch Medienkultur, 1999, S. 495ff) Die Ernüchterung bezüglich dieser Befürchtung, die durch die enttäuschenden Erfahrungen im Bereich künstlicher Intelligenz noch verstärkt wurde, machte ein erweitertes Wissenskonzept notwendig. Heute lässt sich dieses Konzept nicht mehr darauf reduzieren, alle Lebensbereiche dem Primat wissenschaftlicher Erkenntnis zu unterwerfen. Es beinhaltet beispielsweise auch Fragen der Organisationsentwicklung, die Nutzung des Erfahrungswissens von Beschäftigten oder eben Weiterbildungsaktivitäten im Rahmen des lebenslangen Lernens. Darüber hinaus produzieren Unternehmen, Verbände, Enquetekommissionen, Medien, Bürgerinitiativen etc. nicht nur ständig neues Wissen, sondern entwickeln auch neue Formen der Erzeugung und Verbreitung von Wissen (vgl. Kocyba, 2004, S.302). Ob dieser ganzen Fülle von Inhalten und Formen des Wissens wird Wissensmanagement zum neuen Schlagwort.

²⁷ Für die postindustrielle Debatten stehen: Jacques Ellul, Daniel Bell, Amitai Etzioni, Alain Touraine und Jürgen Habermas. (vgl. Kocyba, 2004, S.302)

Der „Wissensmanager“ sammelt, ordnet, filtert und bewertet Wissen und versucht, neben objektiviertem auch implizites Wissen herauszuarbeiten – er ist ein Logistiker des Wissens. Dass er sich selbst das Spezialwissen im Detail zu Eigen macht, ist nicht notwendig. Seine Aufgabe ist, zu managen, welche Art von Wissen ein Unternehmen für welche Probleme benötigt und woher er dieses Wissen bekommt (vgl. ebd.). Das verdeutlicht, dass Wissen nicht, wie in der klassischen Erkenntnistheorie unterstellt, Wirklichkeit abbildet, sondern Realität erzeugt, indem z.B. Risikostatistiken von Versicherungsmathematikern, Charts von Börsenanalysten oder Statistiken über Halbwertszeiten des Wissens von Bildungsforschern erstellt werden. Wissen erzeugt zu einem großen Teil die Wirklichkeit, die es vorgibt lediglich zu repräsentieren (vgl. ebd.). Unsere Alltagswelt wäre schwer zu organisieren, würden wir jedes Wissen mit dem wir operieren, einem grundsätzlichen Fallibilismusvorbehalt unterwerfen. Erst wenn die Handlungsroutine eine krisenhafte Unterbrechung erfährt, werden die Überzeugungen, welche die Handlung leiten, in Frage gestellt.²⁸ Postfordistische Managementmethoden machen sich das zu Nutze, in dem sie bewusst bei Problemen und Störungen ansetzen, um innovative Veränderungsprozesse einzuleiten. Im Rahmen dieses Prozesses wird es für die Individuen schwieriger sich einer „Zuschreibung von Verantwortung durch Berufung auf bloßes Nichtwissen zu entziehen, da Wissen immer weniger eine Frage individueller Neugierde als vielmehr institutionalisierte Erwartung ist.“ (vgl. ebd.)

Mit diesem Exkurs sollte die aktuelle Wissensordnung etwas genauer erfasst werden. Welche mögliche Auswirkung ein Diskurs innerhalb dieser Wissensordnung auf den Kontext des lebenslangen Lernens und somit auf die Subjekte hat, soll im nächsten Schritt untersucht werden. Der Methode

²⁸ Hierbei könnte der amerikanische Pragmatismus ein interessantes weiteres Forschungsfeld eröffnen. Bei Charles Sanders Peirce wird eine Überzeugung dadurch definiert, dass wir unser Verhalten an ihr orientieren. "Überzeugung besteht hauptsächlich darin, dass man überlegterweise bereit ist, sich von der Formel, von der man überzeugt ist, beim Handeln leiten zu lassen." (Lectures on pragmatism V, S.27) Das eigentliche Wesen der Überzeugung ist dabei "die Einrichtung einer Verhaltensweise, und verschiedene Überzeugungen unterscheiden sich durch die verschiedene Art der Handlung, die sie hervorbringen." (How to make our ideas clear V, S.338) Hierbei wäre genauer zu überprüfen, wie Überzeugungen zustande kommen und was ihre Viabilität begründet.

gouvernementaler Analysen folgend, richten wir deshalb den Blick auf die Machtverhältnisse und die Subjektivierungsprozesse.

Der Diskurs über die Wissensgesellschaft, wie er in der Öffentlichkeit geführt wird, hat Auswirkungen auf das Individuum. Es fühlt sich verunsichert. Diese Verunsicherung erzeugt das Gefühl, mit der Wissensgesellschaft verbinde sich eine Art „Revolution“ deren subjektive Wirkungen mit einem historischen Vergleich dargestellt werden sollen: Vor dem Sturm auf die Bastille am 12. Juli 1789 in Paris war auch eine revolutionär neue Zeit angebrochen. Die Ereignisse spitzten sich zu, und die Menschen sahen die Chance und gleichzeitig auch die Notwendigkeit ihr Dasein als Individuum in dieser Zeit zu behaupten. (!) Bei dem Sturm auf die Bastille wurde jeder durch den Versuch der anderen, Waffen zu finden, [...] bestimmt, sich selbst zu bewaffnen. Und jeder versuchte, dem Anderen zuvor zu kommen, denn im Rahmen dieses neu auftretenden Mangels wurde die Suche eines jedem nach einem Gewehr zur Gefahr für den Anderen unbewaffnet zu bleiben. Gleichzeitig wurde die kollektive Verhaltensweise durch die Beziehungen der Nachahmung und Ansteckung konstituiert: jeder fand sich im Anderen eben in der Art, in der er das gleiche tat (vgl. Sartre, 1992, S.142f). Für die Situation der Subjekte in der Wissensgesellschaft scheint nun Ähnliches zu gelten: viele versuchen, sich mit Wissen zu bewaffnen, um den Kampf zu führen, der in der Wissensgesellschaft ausgerufen wird. Ohne Wissen als Waffe oder Instrument, so die implizite These, kann man diesen Kampf nicht führen, geschweige denn gewinnen. Alle die sich nicht in eben solcher Hektik mit schnell greifbaren und verwertbaren Informationen bewaffnen, weil sie möglicherweise tieferes Wissen anstreben oder einen bewussten Selbst-Bildungsprozess durchlaufen wollen, sind nonkonform. Dieses Anderssein lässt sich dann ordnend und strukturierend bekämpfen z. B. mit Begriffen wie „Langzeit-Studiengebühren“, die dazu beitragen sollen, „Veränderungsresistente“ aus dem Ring zu werfen. Kurzum: Jeder Versuch diesem Sog zu entkommen, endet gewöhnlich mit Ausschluss oder Assimilation. Da aber parallel das Wissen immer mehr warenförmigen Charakter annimmt, wird auch der Preis für die Ware Wissen zum Ausschlusskriterium. Wenn das Wissen als „Überlebensmittel“ dienen kann, ist man auch gerne bereit, etwas zu investieren – sofern man hat. Innerhalb dieser Logik ist es nur

folgerichtig, wenn Auszubildende wieder „Lehrgeld“²⁹ bezahlen sollen, Studierende Studiengebühren als Investition in die Zukunft betrachten³⁰ und die Frage nach einem Praktikantengehalt nicht mehr gestellt wird³¹, weil das unbezahlte Praktikum als Investition und persönlich wichtige Erfahrung angesehen wird, die sich in Bewerbungen gut „verkaufen“ lässt. Die Tatsache, dass sich gegen solche Entwicklungen kaum Empörung oder gar Widerstand regt, sondern sogar von Betroffenen als „rational nachvollziehbar“ bezeichnet wird, kann als mögliche Wirkungen bestimmter Subjektivierungsprozesse gedeutet werden, die sich infolge des Eintretens in den Diskurs ergeben. Die Diskussion um die Wissensgesellschaft fungiert somit als ein tragendes, selbst wieder Struktur gebendes und effektvolles Element im Sicherheitsdispositiv des „Lebenslangen Lernens.“

Alle Elemente des Sicherheitsdispositivs des „Lebenslangen Lernens“ zu benennen fällt schwer, weil nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche beim Weben des Netzes der Sicherheitsdispositive beteiligt sein können. Dass die Wissensgesellschaft hierbei eine große Rolle spielt wurde deutlich. Je nachdem, welchen Blickwinkel die gouvernementale Analyse einnimmt, ändern sich Gewichtung und Position der Elemente des Sicherheitsdispositivs. Hätte man die Wissensgesellschaft anstelle des „Lebenslangen Lernens“ als Reflexionsgegenstand gewählt, wäre möglicherweise das Lebenslange Lernen ein wirkungsvolles Element des Sicherheitsdispositivs der Wissensgesellschaft. Die Verdichtung und Überlagerung (Langemeyer, 2002, S. 361ff) verschiedener Momente ist aber wie oben bereits ausgeführt ein Merkmal des Sicherheitsdispositivs. Trotz dieser Schwierigkeit der genauen Identifikation sollen

²⁹ Vgl. Artikel „Azubis sollten wieder Lehrgeld zahlen“ am 24. 03. 04 in [Netzzeitung.de/ Arbeit & Beruf](http://www.netzzeitung.de/Arbeit%20&%20Beruf)

³⁰ So titelt die Munich Business School (<http://www.munich-business-school.de/programs.de.php?sub=MBA&page=Finanzierung>)

³¹ „Das unbezahlte Praktikum ist nach Auskunft der Bundesanstalt für Arbeit Standard geworden. 65.692 Praktikanten waren am 31. Dezember 2001 in Deutschland registriert - in Berlin waren es 3.521. Diese Zahlen beziehen sich jedoch lediglich auf Praktikanten mit Arbeitsvertrag und Sozialversicherungsbeiträgen. Also auf einen geringen Prozentsatz. Eine Dimension der Dunkelziffer zeigt ein Blick in den Stellenmarkt. In der Praktikumsbörse, die 14-tägig im Stadtmagazin *zitty* erscheint, sind in der Regel 70 Prozent aller Angebote ohne Vergütung. Und ein Ende des Praktikumswahns ist nicht in Sicht. Längst sind mehrere Praxiserfahrungen ein Muss für jede Vita.“ (<http://www.taz.de/pt/2002/12/10/a0223.nf/text.ges,1>)

hier einige weitere mögliche Elemente des Sicherheitsdispositivs des „Lebenslangen Lernens“ benannt werden.

Beispielsweise kann ein möglicher subjektiver Effekt der Unterhaltungssendung „Wer wird Millionär?“ sein, dass sich die Meinung verbreitet, man könne mit viel Wissen auch viel Geld verdienen. So wäre die Unterhaltungsindustrie gouvernemental zu analysieren, inwieweit sie als wirkungsvolles Element des Sicherheitsdispositivs fungiert.

Der nicht gerade bescheidene Buchtitel „Bildung – Alles, was man wissen muss“ (Schwanitz, 2002) postuliert, dass es eine bestimmte „Menge“ an Wissen gibt, dass man besitzen müsse, sie könne als kompakte „Bildung“ für 14 Euro feilgeboten werden. Dass mit dem Erwerb des Buches der Bildungsprozess längst nicht vollzogen ist, sondern bestenfalls initiiert wird, merkt der Leser spätestens, wenn er auf Seite 697 dieses Buches angelangt ist. Dennoch entsteht der Eindruck, dass (Menschen-?)Bildung im Rahmen marktförmiger Prozesse leicht erworben werden könne. Der zunehmenden Ökonomisierung der Bildung, die immer mehr den institutionellen Rahmen des Lebenslangen Lernens bildet, wird dadurch weiter Vorschub geleistet.

Dass die ökonomische Komponente auf den Menschen als ganzen übergreift, verdeutlicht die soziale Praxis der „Ich AG“, welche sich als wichtiges persönlichkeits-bestimmendes Element im Sicherheitsdispositiv darstellt. Der Begriff ist zugleich ein Beleg für zunehmende Versuche, schwierige soziale und sozialpolitische Sachverhalte so zu thematisieren, dass die Lösung von Problemen auf eine marktkonforme Aktivierung von Eigenkräften hinausläuft. Wenn man Individuen auf ein Aktienunternehmen reduziert, so die Begründung für die Wahl der „Ich AG“ zum Unwort des Jahres 2003, muss man auch in Kauf nehmen, dass Menschen auf ihren „Börsenwert“ reduziert und entsprechend ge- und behandelt werden.³²

³² Der Begriff "Humankapital" ist das Unwort des Jahres 2004 und folgt dem gleichen Begründungsmuster. Die Bezeichnung degradiere nicht nur Arbeitskräfte in Betrieben, sondern mache den Menschen allgemein zu einer nur noch ökonomisch interessanten Größe, erklärte die aus Sprachwissenschaftlern bestehende Jury. So werde die primär ökonomische Bewertung aller Lebensbezüge gefördert, die auch die aktuelle Politik immer stärker beeinflusse. Schon 1998 hatten die Experten den Ausdruck als Umschreibung für die Aufzucht von Kindern gerügt. (vgl. www.n-tv.de/5478824.htm)

Auch die mit dem „PISA – Schock“ allmählich sich ausbreitende Form der Erkenntnis- und Wahrheitsfindung durch Evaluation, hat Auswirkungen auf die Struktur des lebenslangen Lernens. Das zeigt sich in der tatsächlichen Ausbreitung des Evaluationsverfahrens (vgl. Bröckling, 2004, S.76f), welches die Subjekte durch ihre so geformte Urteilskraft noch verfestigen. „Richtig“ zu beurteilen, ist nach dieser Sichtweise nur aufgrund einer Evaluation möglich. Evaluationen zeugen von einer Sorge-Mentalität: von „Ihre Meinung ist gefragt! – Helfen Sie uns den Service zu verbessern!“, über „Bitte bewerten sie die Lehrveranstaltung!“ (vgl. ebd.) bis hin zur Selbstevaluation im Sinne von „Bin ich fit für die Zukunft?!“ wird das Individuum einem Evaluationssoz unterworfen, dem es sich schwer entziehen kann. Wie würde eine Schule in der Öffentlichkeit beurteilt werden, die sich bewusst einer Befragung der Schüler/-innen im Rahmen der regelmäßig stattfindenden „PISA“ - Erhebungen entzieht? Sicher hätten einige Eltern Bedenken, ihre Kinder auf diese Schule zu geben, da keine „gesicherte Erkenntnis“ über deren Unterrichts-Qualität existiert. Die Eltern antizipieren auf Grund einer „internalisierten PISA - Kontrolle“ das mögliche Scheitern ihrer Kinder. Somit hat allein die Debatte über PISA Selbstaktivierungskräfte der Eltern freigesetzt, die „selbst bestimmen“ was „gut für ihr Kind“ ist. Was für Institutionen gilt, gilt zunehmend auch für Individuen. Somit kann auch das Evaluationsverfahren als Element im subjektiv wirkenden Sicherheitsdispositiv erkenntlich gemacht werden.³³

Dies waren nur einige kurz umrissene Elemente des Sicherheitsdispositivs des „Lebenslangen Lernens“, welche eine genauere Untersuchung verlangen. Sichtbar wurde aber, dass die jeweiligen, aus unterschiedlichen Bereichen aufgegriffenen Elemente, Bezüge zum Konzept des lebenslangen Lernens herstellen. Dort spielen sie eine Rolle innerhalb von Subjektivierungsprozessen, indem sie beispielsweise Meinungen verfestigen, die letztlich zu Handlungsentscheidungen führen können.

³³ Zum Thema „PISA als gouvernementale Strategie“ vgl. Pongratz, 2004, „Freiwillige Selbstkontrolle. Schule zwischen Disziplinar- und Kontrollgesellschaft“

Dieser Versuch einer gouvernementalen Analyse macht deutlich, dass erst im Zusammenspiel von Wissensordnungen, Macht- und Subjektverhältnissen und Sicherheitsdispositiven fruchtbare Aussagen über die Entstehung bestimmter, gesellschaftlicher Formierungsprozesse gemacht werden können. Die Methode ist auf Grund ihrer weit reichenden Aussagemöglichkeit reizvoll. Sie initiiert innovative erkenntnistheoretische, wissenschaftstheoretische und subjektivierungstheoretische Fragestellungen, die einer kritischen Suchbewegung folgen und somit weitgehend frei von ideologischen Grundannahmen sind.

4 Kritik und Schlussbetrachtung

„Aber ein Buch ist dazu da, um Zwecken zu dienen, die von dem, der es geschrieben hat, nicht festgesetzt sind. Je mehr neue, unvorhergesehene Verwendungen möglich sind und wirklich sein werden, umso zufriedener werde ich sein. Alle meine Bücher (...) sind (...) kleine Werkzeugkisten. Wenn die Leute sie aufmachen wollen und diesen oder jenen Satz, diese oder jene Idee oder Analyse als Schraubenzieher zu verwenden, um die Machtsysteme kurzzuschließen, zu demontieren oder zu sprengen, einschließlich vielleicht derjenigen Machtsysteme, aus denen diese meine Bücher hervorgegangen sind – nun gut, umso besser.“ (Foucault, 1976 Mikrophysik der Macht, S. 53)

Mit dieser Arbeit wurde Foucaults Werkzeugkiste der Gouvernamentalität geöffnet, einige Werkzeuge wurden entnommen, um mit ihnen am Konzept des Lebenslangen Lernens zu „werkeln“. Ziel war es, eine Demontage zu betreiben, um Dinge sichtbar zu machen, die im Konzept des Lebenslangen Lernens verborgen liegen. Es wurde ganz im Sinne einer kritischen Theorie vorgegangen, die darauf insistiert, dass „[nur] Begriffe [das] vollbringen [können], was der Begriff verhindert.“³⁴ (Adorno, Negative Dialektik, 1966, S.62) Die hier versuchte kritische Begriffsanalyse zielte auf ein vertieftes Verständnis des Machtbegriffs und der Subjektivierungsprozesse im Kontext gouvernementaler Regierungspraktiken. Durch die „Brille“ der Gouvernamentalität wurde sichtbar, dass moderne, neoliberale Regierungsformen einen bestimmten politischen Willen nicht einfach qua demokratischer Macht durchsetzen. Gouvernementale Machttechniken bewirken, dass Selbstaktivierungskräfte mobilisiert werden, die den politischen Willen über Subjektivierungsprozesse zum eigenen Willen werden lassen. Somit bewegt sich das Subjekt im Spannungsfeld zwischen autonomen und

³⁴ Hierdurch wird eine Nähe der Arbeiten Foucaults mit der Kritischen Theorie sichtbar, die Foucault in seinen letzten Lebensjahren erkannte: "Wenn ich die Verdienste der Philosophen der Frankfurter Schule anerkenne, so tue ich es mit dem schlechten Gewissen von jemandem, der ihre Bücher früher hätte lesen, sie früher hätte verstehen sollen. Hätte ich ihre Bücher gelesen, so hätte ich eine Menge Dinge nicht sagen müssen, und mir wären Irrtümer erspart geblieben. Vielleicht wäre ich, wenn ich die Philosophen dieser Schule in meiner Jugend kennen gelernt hätte, von ihnen so begeistert gewesen, dass ich nichts weiter hätte tun können, als sie zu kommentieren." (Foucault 1996, Der Mensch ist ein Erfahrungstier, S.82)

determinierenden Handlungsstrategien ohne jeweils völlig autonom oder völlig determiniert zu sein.

Foucaults Gouvernementalitäts-Studien führen zu einem neuen Machtbegriff bzw. betrachten Subjektivierungsprozesse aus einer neuen Perspektive. Dass diese Hinsichten gerade im Kontext neoliberaler Debatten einen tieferen Blick auf gesellschaftliche Prozesse ermöglichen, ist durch diese Arbeit evident geworden. Freilich werden dadurch aber bisherige wissenschaftliche Konzepte von Macht und Subjekt in Frage gestellt. So werden kritischen Anfragen eingewandt, in Foucaults Gouvernementalitäts-Konzept werde die Rolle der menschlichen Psyche zu wenig berücksichtigt, bzw. es würden die Möglichkeiten des Widerstandes nicht deutlich. So stellt etwa Butler die Möglichkeit eines völlig unterworfenen Subjekts in Frage. Hintergrund ihrer Analyse ist das Konzept der Psychoanalyse Lacans. Danach kann das Subjekt nur in Erscheinung treten, wenn es sich innerhalb einer symbolischen Ordnung positioniert. Indem es sich der symbolischen Ordnung fügt, unterwirft es sich auch der Norm, die das Subjekt mittels Sprache ausdrückt. Nur dadurch kann sich das Subjekt in ein bestehendes Schema kultureller Verständlichkeit einführen und Anerkennung erlangen. Allerdings bestreitet Butler, dass dieser Subjektivierungsprozess gleichsam total werden kann, weil dann das Subjekt bzw. seine Psyche mit der symbolischen Ordnung gleichgesetzt werden müsste. Alles aber, was der normierenden Forderung widersteht, durch die das Subjekt eingeführt wird, bleibt unbewusst. Im Unbewussten findet sich deshalb das mögliche „Andere“ (möglicherweise das widerständige Andere, Anm. T.K.) aufbewahrt. (vgl. Butler, 2001, S. 83) Foucaults Subjektbegriff wird von Butler aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt, wohl aber um eine tiefere Analyse erweitert, deren Zielrichtung Foucault mit seinem Begriff der >Kritik< bereits vorzeichnete. „Wie ist es möglich“, fragt Foucault, „dass man nicht derartig, im Namen dieser Prinzipien da, zu solchen Zwecken und mit solchen Verfahren regiert wird?“ (Foucault, 1992, S. 11f) Foucault bezeichnet Kritik als die Kunst, nicht auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden. Wenn Regieren darin besteht, dass in einer sozialen Praxis Individuen durch Machtmechanismen unterworfen werden, ist Kritik „jene Bewegung, in welcher sich das Subjekt das Recht heraus nimmt, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin

zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin. Dann ist Kritik die Kunst (...) der reflektierten Unfügsamkeit.“ (ebd., S. 15) Dass dies nicht einfach dadurch getan ist, bestimmte Sachverhalte *kritisch* zu betrachten, wurde durch die Erkenntnis deutlich, dass sich Kritik gewöhnlich innerhalb bestimmter Wissensordnungen und ihrer Diskurse bewegt. Foucaults Begriff der >Kritik< weist aber, soll er als Widerstand begriffen werden, darüber hinaus.

An diesem Punkt setzt die Kritik an Foucaults Konzept der Gouvernementalität aus soziologischer Perspektive an. Wie soll sich ein politisch kollektiver Widerstand gegen gouvernementale Machttechniken formieren, der sich nur innerhalb eines Diskurses artikulieren kann, sich prinzipiell aber, als wesenhafter Widerstand, nur außerhalb des Diskurses bewegen kann, weil die Teilnahme am Diskurs schon Inklusion und Anerkennung einer gewissen Subjektivität bedeutet. Ein widerständiges Subjekt muss daher zwischen objektgerichtetem Widerstand und dem Widerstand gegen die eigene Subjektivierung unterscheiden.

Um kurz noch einmal in das Konzept des lebenslangen Lernens einzutauchen, würde diese Schlussfolgerung zu folgender Fragestellung führen:

Über welche Kompetenzen muss ich verfügen, um über meine Kompetenzen zu verfügen? - denn ich selbst soll darüber bestimmen können, zu welchem Zwecke ich meine Fähigkeiten herausbilde bzw. einsetze. Diese Selbstbestimmung würde als „reflektierte Unfügsamkeit“ (Foucault, 1992, S. 15) dem Kritikbegriff Foucaults entsprechen. Freilich verbleibt diese Form des Widerstands auf der mentalen Stufe, bildet aber zugleich die Voraussetzung für widerständiges Handeln. Genau in diesem Schritt des vollzogenen Widerstands, kann die Möglichkeit für veränderte Subjektivierungsprozesse bestehen. Was verhindert, dass dieser Schritt getan wird?

Diese Frage führt uns zur Kritik an Foucaults Machtbegriff. In einer marktökonomisch bestimmten Gesellschaft existiert eine Macht, die den herkömmlichen, von Foucault verflüssigten Machtbegriff, wieder verdichtet. Die Macht (und in traditioneller dialektischer Sicht, die Ohnmacht auf der anderen Seite) über die Reproduktionsgrundlage mit der die jeweiligen „Souveräne“ in der Geschichte die Menschen kontrollierten, tritt gerade in der realen Wirkung neoliberaler Strategien deutlich hervor. Entlassungen, Ausbildungsplatzabbau,

Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung sind Maßnahmen, die trotz Mitbestimmungsmöglichkeiten und Widerständen weitgehend außerhalb des Einflussbereiches der Individuen stehen, und nach wie vor zu einem Gefühl der Ohnmacht führen. Diese Reaktionen können selbst mit Hilfe gouvernementaler Strategien schwierig produktiv eingebunden werden, ohne dass Abhängigkeitsverhältnisse in der Alternative, Ausschluss oder Unterwerfung deutlich werden. Um mit Hilfe dieses kritischen Aspektes mögliche Schwächen der gouvernementalen Analyse zu beseitigen, müssten die Untersuchungen den Blick darauf richten, wie versucht wird, gerade auch diese Ohnmachtserfahrungen produktiv einzubinden. Verlautbarungen in dem Sinne, dass „Schicksalsschläge“ wie Arbeitslosigkeit als persönliche Herausforderung betrachtet werden sollen, haben nicht selten einen zynischen Charakter und reichen nicht aus, Subjekte in dieser Situation zu bemächtigen. Wenn man nicht will, dass eine gewisse Gruppe innerhalb der Gesellschaft ausgeschlossen bleibt, wären größere „Anstrengungen“ und andere „Reformen“ notwendig. Wenn aber diese Gruppe innerhalb gouvernementaler Strategien die Funktion einnehmen soll, bestimmte Wirkungen bei Individuen zu erzeugen (z. Bsp.: „Ich arbeite lieber länger, als arbeitslos zu sein.“), so schließt sich wieder der Mantel gouvernementaler Regierungspraktiken, aus dem es kein Entkommen zu geben scheint.

Eine Diskussion über mögliche praktische Konsequenzen, die aus dem gouvernementalen Blick auf das Konzept des lebenslangen Lernens resultieren, sei den Gewerkschaften nahe gelegt. Gilles Deleuze, der ganz im Sinne Foucaults, eine Ablösung der Disziplinar- durch die Kontrollgesellschaft beobachtete, fragt nach den Gewerkschaften und ihrer künftigen Organisation. Die zukünftigen Möglichkeiten sind noch nicht entschieden. Deleuze sieht eine Alternative zwischen einer Anpassung an die neue Situation oder einer Verdrängung durch neue Widerstandsformen gegen die Kontrollgesellschaft. (Deleuze, 1993, S. 262) Die (Eingangs-) Kontrolle findet in diesem Gesellschafts-Konzept an den Pforten des Arbeitsmarktes statt, der in einer, nach Marktprinzipien organisierten Gesellschaft, den Zugang zur gesellschaftlichen Anerkennung reguliert. Das Arbeitsfeld der Gewerkschaften wird von zwei Seiten

aufzurollen sein: Einerseits müssen die Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt (z. Bsp. über Qualifizierung) im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ermöglicht und verbessert werden. Andererseits muss der Zweck einer derartigen gesellschaftlichen Integration in Frage gestellt werden, in dem prinzipiell auch ein alternatives Gesellschaftssystem gedacht wird. Wenn sich das Subjekt bewusst in seiner Gesellschaft herausbildet, so besteht auch die Möglichkeit, die Gesellschaft selbst neu herauszubilden. Die Frage, auf welches Leben wir uns lebenslang vorbereiten sollen, müsste deshalb in der Debatte über das „Lebenslange Lernen“ mit aufgegriffen werden.

Literaturverzeichnis

- Adorno Theodor W.: Negative Dialektik, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1975
- Bibouche Seddik, Held Josef: IG Metall- Jugendstudie – Lebenseinstellungen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, IG Metall (Hrsg.), Schüren, Marburg 2002
- Bröckling Ulrich: Empowerment, in Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas, Hg.: Glossar der Gegenwart, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2004
- Bröckling Ulrich: Evaluation, in Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas, Hg.: Glossar der Gegenwart, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2004
- Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas (Hg.): Glossar der Gegenwart, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2004
- Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart, Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2000
- Butler Judith: Psyche der Macht – Das Subjekt der Unterwerfung, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2001
- Danto, A.C.: Sartre, Steidel, Göttingen, 1997
- Deleuze Gilles: Unterhandlungen, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1993
- Dzierzbicka Agnieszka, Sattler Elisabeth: Entlassung in die Autonomie – Spielarten des Selbstmanagements, in Pongratz u. a. (Hg.), Nach Foucault, VS, Wiesbaden, 2004
- Foucault Michel: Der Mensch ist ein Erfahrungstier, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1996
- Foucault Michel: Der Wille zum Wissen – Sexualität und Wahrheit 1, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1983
- Foucault Michel: Die Gouvernamentalität, in Gouvernamentalität der Gegenwart, Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2000

- Foucault Michel: Die Sorge um sich – Sexualität und Wahrheit 3, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1989
- Foucault Michel: Die Wahrheit und die juristische Formen. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2003
- Foucault Michel: Was ist Kritik? Merve Verlag, Berlin, 1992
- Gerlach Christiane: Lebenslanges Lernen, Konzepte und Entwicklungen 1972 bis 1977, Köln, 2000
- Hall, Stuart: „Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht.“ In: Ders., Rassismus und kulturelle Identität. Hamburg: Argument. S. 137-179, 1994
- Kant Immanuel: Kants gesammelte Schriften, hrsg. Von der Königlichen Preußischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 7, Reimer Verlag, 1917
- Kocyba Hermann, Wissen, in Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas, Hg.: Glossar der Gegenwart, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2004
- Kursbuch Medienkultur: Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard, DVA-Verlag, Stuttgart, 1999
- Langemeyer Ines: Subjektivierung als Schauplatz neoliberaler Macht, Zeitschrift für Politische Psychologie, 2002, Heft 3 und 4, S. 361-375
- Lemke Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft, Argument Verlag, Hamburg, 1997
- Lemke Thomas: Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies, in Politische Vierteljahresschrift, Westdeutscher Verlag, 41. Jg, 2000, Heft 1, S. 31-47
- Lemke Thomas: Test, in Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas, Hg.: Glossar der Gegenwart, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2004
- Lemke Thomas: URL:
http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/Gouvernementalit%E4t%20_Kleiner-Sammelband_.pdf, 31. 01. 2005
- Lessenich Stephan, Soziale Subjektivität – Die neue Regierung der Gesellschaft, in Mittelweg 36, Heft 4, 2003
- Loo, van der Hans, Reijen, van Willem, Modernisierung – Projekt und Paradox, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1992
- Lyotard, Jean Francois, Das Postmoderne Wissen. Passagen Verlag: Wien, 1994

- Massumi Brian: "Everywhere you want to be. Einführung in die Angst", Silvia Eiblmayr (Hg.), Zones of Disturbance, Steirischer Herbst, Graz ,1997.
- May Michael: Unternehmer seiner selbst: Die neoliberale Variante von Selbstbildung, Eigenverantwortung und Autonomie, in Widersprüche, Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 89, 23. Jg., Nr. 3, S. 75-92, 2003
- Opitz Sven: Gouvernamentalität im Postfordismus, Argument Verlag, Hamburg, 2004
- Peirce Charles Sanders: Collected Papers VIII, deutsch: Apel (Hg.) Schriften I, Frankfurt am Main, 1967
- Pongratz Ludwig A.: Freiwillige Selbstkontrolle. Schule zwischen Disziplinar- und Kontrollgesellschaft, in Ricken Norbert, Rieger-Ladich Markus (Hg.), Michel Foucault, Pädagogische Lektüren, VS, Wiesbaden, 2004
- Pongratz Ludwig A.: Vom Bildungsbürger zum Selbstvermarkter – Anfragen an die Bildungsreform, unveröffentlichtes Manuskript, 2004
- Pongs Armin: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Dilemma Verlag, München, 2000
- Rose Nikolas: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens, in Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas (Hg.), Gouvernamentalität der Gegenwart, Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2000
- Sablowski Thomas: Shareholder Value, in Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas, Hg.: Glossar der Gegenwart, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2004
- Sartre Jean Paul: Lesebuch – Den Menschen neu erfinden, rororo, Hamburg, 1992
- Schäfer Thomas: in Metzler – Philosophen Lexikon, Metzler Verlag, Stuttgart, 1995
- Schwanitz Dieter: Bildung, Eichborn, Frankfurt am Main, 1999
- Tuschling Anna: Lebenslanges Lernen, in Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas, Hg.: Glossar der Gegenwart, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2004